

Politischer Jahresbericht

## Zentraleuropa 2007/2008



**Warschau**

**Regionalbüro Zentraleuropa Warschau**

**Länderbüro Prag, Länderbüro Kiew, Juni 2007 – Juni 2008**

Von Agnieszka Rochon, Eva v. de Rakt, Kyril Savin, Malgorzata Kopka, Agnieszka Grzybek, Anka Dobslav  
August 2008

**Regionalbüro Zentraleuropa Warschau**  
ul. Żurawia 45,  
00-680 Warszawa, Polska  
Tel: 0048 22 / 59 42 333  
Fax: 0048 22 / 59 42 337  
hbs@boell.pl ; [www.boell.pl](http://www.boell.pl)

**Länderbüro Prag**  
Spálená 23,  
CZ-110 00 Praha 1  
Tel: 00420 251 814 173, 175  
Fax: 00420 251 814 174  
E-mail: [info@boell.cz](mailto:info@boell.cz)

**Länderbüro Kiew**  
wul. Welyka Wasylkiwska 36, Buro 1  
01004 Kiew, Ukraine  
Tel. +38044 287 4525  
Fax +38044 246 6414  
E-mail: [info@boell.org.ua](mailto:info@boell.org.ua)

## **Inhalt**

<b>Zusammenfassung</b>	<b>4</b>
<b>Berichte aus den Regionen</b>	
<b>Verfassungsdebatten</b>	<b>7</b>
Polen	7
Tschechische Republik	8
Slowakei	9
<b>Östliche Nachbarschaft und Europäische Nachbarschaftspolitik</b>	<b>9</b>
Ukraine	9
Europäische Nachbarschaftspolitik	10
Russland	11
<b>Geschlechterdemokratie und Frauenpolitik</b>	<b>11</b>
Anpassung an EU-Standards	11
Änderungen bei den Institutionen	12
Öffentliche Debatten	13
Die Frauennichtregierungsorganisationen	14
<b>Energie- und Klimapolitik</b>	<b>15</b>
EU-Klimapaket und nationale Pläne	15
Entwicklungen der polnischen Energiepolitik	16
Klimatreffen in Poznan	16
Energiepolitische Strategien in Tschechien	17
Die slowakische Energiepolitik	17
Die ukrainische Energiepolitik	18
<b>Berichte aus den Ländern</b>	<b>18</b>
<b>Polen</b>	
Neuwahlen in Polen	18
„Politik der Liebe“ in der polnischen Politik	19
Kurskorrektur in der polnischen Außenpolitik	20
Verhandlungen zum Raketenschutzschild	22

<b>Tschechien</b>	
Innenpolitische Spannungen in Tschechien	23
Tschechische Präsidentschaftswahl	24
Eine Radarbasis in Tschechien?	25
Die Situation der Roma-Minderheit	27
<b>Slowakei</b>	
Kritik an slowakischer Koalitionsregierung	27
Demokratische Grundwerte gefährdet	27
Schengenerweiterung und Euro-Einführung	28
Slowakische Außenpolitik	29
<b>Ukraine</b>	
Neuwahl in der Ukraine	30
Die Ukraine und die NATO-MAP	31
Vorgezogene Oberbürgermeisterwahl in Kiew	32
Zusammenbruch der „Orangenen Koalition“	33
<b>Ausblick</b>	<b>34</b>

## Zusammenfassung

In Polen verabschiedeten im April 2008 beide Parlamentskammern das Gesetz zur Ratifizierung des Lissabonner Vertrags. Nach dem irischen „Nein“ erklärte Präsident Lech Kaczyński den Vertrag für gegenstandslos und weigerte sich, die Ratifizierungsurkunde zu unterzeichnen. Er lenkte jedoch nach einem Gespräch mit dem französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy in Paris Juli 2008 ein. In Tschechien wurde der EU-Reformvertrag von den einzelnen Parteien unterschiedlich aufgenommen: So hat die oppositionelle ODS die Prüfung des Vertrags vor dem Verfassungsgericht beschlossen, während sich die Grünen für dessen schnelle Ratifizierung aussprachen. In der Slowakei wurde der Ratifizierungsprozess am 11. April 2008 abgeschlossen.

Ab Dezember 2007 wurden die Verhandlungen zwischen der EU und der Ukraine über das „vertiefte Abkommen“ intensiviert, das als eine weitere Integrationsstufe im Rahmen der Nachbarschaftspolitik das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) von 1994 ersetzen soll. Im Mai 2008 legten Polen und Schweden einen gemeinsamen Vorschlag für eine „Östliche Partnerschaft“ vor. Die Initiative zielt auf einen stärkeren Ausbau der Beziehungen mit den östlichen Nachbarn der Europäischen Union (EU) und die Stärkung der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP). Nach mehr als eineinhalb Jahren wurde im Mai 2008 das Mandat für die Verhandlungen über das neue Partnerschaftsabkommen zwischen der EU und Russland von allen EU-Staaten einstimmig angenommen.

Die Einführung der notwendigen Gesetzesänderungen im Bereich Geschlechtergleichstellung und Antidiskriminierung hat sich in Polen und Tschechien verzögert, während das slowakische Parlament der Novellierung des Antidiskriminierungsgesetzes von 2004 zustimmte. In den Ländern der Region standen Themen wie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Partizipation der Frauen in der Politik und die Abtreibungsproblematik im Mittelpunkt der öffentlichen geschlechterpolitischen Debatten. In Polen und der Slowakei entstanden informelle Netzwerke von Frauenorganisationen. Die Tschechische Frauenlobby hat ihre Arbeit formalisiert. Im Gegensatz dazu gibt es in der Ukraine kein Netz von Frauenorganisationen, das eine wirksame Lobbyarbeit gewährleisten würde.

In allen Ländern findet zurzeit eine intensive Debatte über die Zukunft der Energieversorgungsstrukturen statt. Die zunehmende Abhängigkeit von Energieimporten und die steigenden Emissionsreduzierungsverpflichtungen sind in diesem Kontext die Hauptthemen. In den mitteleuropäischen EU-Mitgliedsländern hat auch die Energie- und Klimapolitik der EU, starken Einfluss auf die nationalen Entwicklungen. Insgesamt steht die Region vor der Herausforderung für eine moderne, nachhaltige

und zukunftsfähige Energiepolitik, die anstatt auf Kohle, Atom und zentralistischen Strukturen auf erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und auf dezentralen Strukturen basiert.

Nach den Neuwahlen in Polen (September 2007) löste die liberale Bürgerplattform die nationalkonservative PiS an der Regierungsspitze ab. Das Wahlergebnis war eine klare Absage an die Politik der PiS-Regierung, insbesondere an deren polarisierende, skandalbehaftete politische Kultur. Die neue Regierung distanzierte sich von der Politikführung ihrer Vorgängerin. Im Bereich der Außenpolitik ist eine Kursänderung erkennbar. Auf der EU-Ebene wurde die Blockadepolitik aufgegeben und eine Verbesserung der Beziehungen zu den europäischen Nachbarstaaten angestrebt, während das Verhältnis zwischen Polen und den USA sich abkühlte. In den Verhandlungen über die Stationierung von US-Abwehrraketen stellte Polen unerwartet neue Forderungen. Nicht zuletzt diese außenpolitischen Divergenzen liegen dem Konflikt zwischen Premierminister Tusk und Präsident Kaczyński zugrunde.

Die Arbeit der tschechischen Regierungskoalition aus ODS (Bürgerdemokraten, konservativ), KDU-ČSL (Christdemokraten) und SZ (Partei der Grünen) war von Konflikten um die Besetzung einiger Ministerien sowie durch inhaltliche Auseinandersetzungen geprägt. In diesem Kontext waren folgende Themen von zentraler Bedeutung: Energie- und Klimapolitik, die Errichtung eines US-amerikanischen Raketenabwehrsystems in Mitteleuropa sowie die Diskussionen um den Vertrag von Lissabon. Die tschechischen Grünen wurden im vergangenen Jahr mit den Chancen, Herausforderungen und Problemen der Regierungsbeteiligung konfrontiert. Im Verlauf des Jahres wurden parteiinterne Konflikte teilweise in den Medien ausgetragen, die der Parteivorstand durch einen vorgezogenen Parteitag im Herbst 2008 lösen möchte. Václav Klaus wurde als Präsident der Tschechischen Republik bestätigt.

In der Slowakei ist eine kritisch zu betrachtende Entwicklung der politischen Kultur erkennbar. Populistische und xenophobische Äußerungen von Regierungsmitgliedern bestimmen das politische Tagesgeschäft. Wiederholt kam es zu Affären und Verwicklungen von Regierungsmitgliedern in undurchsichtige Geschäfte. Im Jahr 2008 wurde trotzdem entschieden, die Aussetzung der Mitgliedschaft der Smer-SD (Richtung Sozialdemokratie) aus der SPE (Sozialdemokratische Partei Europas) aufzuheben. Seit 2007 besitzt die Slowakei eine Schengen-Außengrenze zur Ukraine. Am 1. Januar 2009 wird in der Slowakei der Euro eingeführt.

Die politische Krise in der Ukraine (April bis Juli 2007) endete mit der Auflösung des Parlaments. Die vorgezogenen Wahlen (September 2007) führten in Kiew zu einem Machtwechsel. Nach mühsamen Verhandlungen bildeten die Parteien von Julia Tymoschenko (BJuT) und Präsident Wiktor Juschtschenko (NUBS) eine wackelige Regierungskoalition mit Tymoschenko an der Spitze. Die Beziehungen zwischen der Regierungschefin und dem Präsidenten sind konfliktbehaftet. Beide versuchten erfolglos, ihre Position zu stärken. Dem Präsidenten gelang es nicht, die NATO-MAP für die Ukraine auf dem Gipfel in Bukarest (April) durchzusetzen. BJuT verlor die Bürgermeisterwahl in Kiew (Mai 2008) und somit Tymoschenko die Chance, die Kontrolle über die Hauptstadt zu übernehmen. Nach dem Austritt zweier Abgeordneter aus der Regierungskoalition (Juni 2008) existiert sie de facto nicht mehr.

# Berichte aus den Regionen

## Verfassungsdebatten

### Polen

Polen, das die Verfassungsverhandlungen unter der europaskeptischen PiS-Regierung führte, ist eines der wenigen EU-Länder, das die Grundrechte Charta nicht unterschrieben hatte. Nach dem Verfassungsgipfel in Brüssel (Juni 2007) wurde das zunächst vorwiegend in öffentlichen Debatten kritisiert. Angesichts des pro-europäischen Konsenses der polnischen Gesellschaft<sup>1</sup> nutzten die liberal-konservative Bürgerplattform und die linke Wahlkoalition LiD das Thema „Reformvertrag“ in den Wahlkampagnen vor den Neuwahlen, um sich als offene, EU-freundliche politische Kraft zu profilieren. So versprach damals der heutige Premierminister Donald Tusk, die Grundrechte Charta zu unterzeichnen. Nach den Wahlen ist dieses Wahlversprechen dem Machtkampf zwischen Präsident und Ministerpräsident zum Opfer gefallen. Für den Verzicht auf die Charta, erklärte sich der Präsident bereit, den Ratifizierungsprozess zu unterstützen.

Das Gesetz zur Ratifizierung, das im Parlament und Senat abgestimmt werden sollte, wurde zwi-

sehen Premierminister und Präsidenten in langwierigen Verhandlungen ausgearbeitet.

Am 1. April 2008 verabschiedete der polnische Sejm das Gesetz zur Ratifizierung des Lissabonner Vertrages mit überwiegender Mehrheit von 384 gegen 56 Stimmen und bei 12 Enthaltungen. Am Tag danach billigte auch der Senat mit 74 gegen 17 Stimmen den Vertrag.

Bis zum irischen „Nein“ zum Lissabonner Vertrag hatte Präsident Kaczynski trotz der Gesetzesratifizierung die Ratifizierungsurkunde nicht unterschrieben. Nach dem irischen „Nein“, erklärte er in einem Interview für die Tageszeitung „Dziennik“ den Reformvertrag für „gegenstandslos“ und weigerte sich die Ratifizierungsurkunde zu unterzeichnen.

Währenddessen kündigte Ministerpräsident Tusk die Bereitschaft Polens zur Fortsetzung des Ratifizierungsprozesses sowie die Anstrengung um die Findung einer gemeinsamen Lösung auf EU-Ebene an.

Es lässt sich schwer erahnen, welche Interessen der polnische Präsident mit der Blockade des Ratifizierungsprozesses verfolgte. Den Vertrag hatte er selbst auf dem Verfassungsgipfel im Juni 2007 in Brüssel ausgehandelt und danach als Erfolg gefeiert. Mit dieser Strategie kann er auch keine WählerInnenstimmen gewinnen. Po-

---

<sup>1</sup> Zwei Drittel der Befragten befürworteten die EU-Mitgliedschaft und den EU-Reformvertrag und waren zuvor für den EU-Verfassungsvertrag gewesen.

len ist ein Land, in dem über 70 Prozent der BürgerInnen mit dem EU-Beitritt zufrieden sind und dem Reformvertrag zustimmen würden.

### **Tschechische Republik**

Der EU-Reformvertrag wurde in der Tschechischen Republik von den einzelnen Parteien unterschiedlich aufgenommen. Während des Parteitages der ODS im November 2007 wurde beschlossen, dass der Vertrag vom Verfassungsgericht geprüft werden sollte. Aus Sicht der ODS ist vor allen Dingen der Verweis auf die Charta der Grundrechte der EU ein problematischer Bestandteil des Reformvertrages. Die ČSSD (Sozialdemokraten) gab bekannt, dass sie den Reformvertrag unterstütze. Auch die Grünen unterstützen den Reformvertrag und sprachen sich im Hinblick auf die tschechische EU-Ratspräsidentschaft in der ersten Jahreshälfte 2009 für eine möglichst schnelle Ratifizierung des Dokuments aus. Die KDU-ČSL hält eine Prüfung des Reformvertrages durch das Verfassungsgericht nicht für notwendig. Laut der ehemaligen Fraktionsvorsitzenden Michaela Šojdrová sollte vielmehr eine öffentliche Debatte über die Charta der Grundrechte der EU initiiert werden. Die KSČM (Kommunistische Partei) forderte eine Ratifizierung des Vertrages über ein Referendum. MdEP Miroslav Ransdorf (KSČM) äußerte die Meinung, dass der Verweis auf die Charta der Grundrechte der EU den wertvollsten Teil des Dokuments darstelle.

Am 25. April 2008 beschloss der tschechische Senat die Prüfung des Vertrages durch das Verfassungsgericht. Überprüft werden sollen die Übertragung von Kompetenzen auf EU-Ebene, die Art der Anerkennung der Charta der Grundrechte der EU sowie deren rechtliche Verbindlichkeit für Tschechien. Das Verfassungsgericht wird voraussichtlich nicht vor Herbst 2008 das Urteil verkünden. Tschechische Verfassungsrechtler sehen keinen Grund, warum das Verfassungsgericht feststellen sollte, dass der Vertrag von Lissabon nicht mit der tschechischen Verfassung im Einklang stehe.

Staatspräsident Václav Klaus bezeichnete das irische „Nein“ als einen „Sieg der Freiheit und Vernunft gegen künstliche, elitäre Projekte und die europäische Bürokratie“<sup>2</sup>. Premier Mirek Topolánek erklärte unmittelbar nach dem irischen Referendum, er würde derzeit keine 100 Kronen (rund vier Euro) auf die Ratifizierung des Vertrages von Lissabon setzen. Während des Krisengipfels der europäischen Staats- und Regierungschefs am 19. Juni 2008 gaben Mirek Topolánek, Alexandr Vondra (stellvertretender Premierminister für Europäische Angelegenheiten) sowie Außenminister Karel Schwarzenberg bekannt, dass sie der Fortsetzung der Ratifizierung des Vertrages zustimmen.



## **Slowakei**

Nach der Unterzeichnung des EU-Reformvertrages durch die Staats- und Regierungschefs im Dezember 2007 wurde von beinahe allen Parteien im Nationalrat die schnelle Ratifizierung des Reformvertrages unterstützt. Kurz vor der Abstimmung über den EU-Reformvertrag im Nationalrat, die für Anfang des Jahres geplant war, beschlossen die Oppositionsparteien SDKÚ-DS, SMK und KDH nicht daran teilzunehmen, solange die Regierung den vorgelegten, sehr umstrittenen Entwurf für ein neues Pressegesetz nicht zurücknehmen werde. Ministerpräsident Robert Fico (Smer-SD) bezeichnete diese Drohung als Erpressung. Die Koalition war trotz klarer Mehrheit im Nationalrat auf Stimmen der Opposition angewiesen, da für die Ratifizierung des Vertrages von Lissabon eine Zweidrittelmehrheit nötig ist. Nachdem die SMK sich entschloss dem Vertrag zuzustimmen, um nach eigenen Aussagen den „guten Ruf“ der Slowakei im Ausland zu wahren, wurde am 11. April 2008 die Ratifizierung abgeschlossen.

## **Östliche Nachbarschaft und Europäische Nachbarschaftspolitik**

### **Ukraine**

Ab Dezember 2007 wurden die Verhandlungen zwischen der EU und der Ukraine über das „vertiefte Abkommen“ intensiviert, das als eine weite-

re Integrationsstufe, das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) von 1994 ersetzen soll. Dabei versuchte die ukrainische Seite, den Verhandlungsprozess und die Instrumente der Nachbarschaftspolitik (ENP) zu nutzen, um den Sprung von der Partnerschaft und Kooperation zu wirtschaftlicher Integration und politischer Assoziation mit der EU zu schaffen.

Eine Einigung zwischen der EU und der Ukraine über die Frage, was dieser Integrationsstufe folgen soll, wurde nicht erzielt. Die Ukraine sieht das „vertiefte Abkommen“ als die letzte Vorbereitungsstufe für Beitrittsverhandlungen und besteht auf ihrem Assoziierungsstatus für das Abkommen mit der EU. In Brüssel gibt es dazu keine einheitliche Position. Einige „neue“ EU-Mitglieder, vor allem Polen und Litauen, sowie das Europäische Parlament<sup>3</sup> setzen sich für die Öffnung der Beitrittsperspektive für die Ukraine ein, während die EU-Kommission sowie einige „alte“ Mitgliedsstaaten, insbesondere Deutschland und Frankreich, die Beitrittsperspektive im Zusammenhang mit dem „vertieften Abkommen“ ausschließen.

Die Verhandlungen über das zentrale Element des „vertieften Abkommens“ – die Freihandelszone (FHZ) – hatten erst nach dem WTO-Beitritt der Ukraine im Februar 2008 begonnen. Die Gespräche waren langwierig, weil die ukraini-

---

<sup>2</sup> Hospodárske noviny, 13.6.2008

---

<sup>3</sup> Beschluss des Europäischen Parlaments vom 12.07.07 ([www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT)).

sche Seite auf Arbeitsebene schlecht vorbereitet und überfordert war. Um die wirtschaftliche Entwicklung der Ukraine optimal zu fördern, soll die FHZ einen vertieften und umfassenden Charakter haben. Dennoch wurde schon während der Verhandlungen offensichtlich, dass man bei der Liberalisierung der Handelsbeziehungen ohne gewisse Ausnahmen, asymmetrische Regelungen und Übergangsfristen nicht auskommen würde. Aus politischen, wirtschaftlichen und administrativen Gründen wird die Einführung aller vier Freiheiten für die Ukraine erst in ferner Zukunft eine Perspektive sein.

Die Verhandlungen über das „vertiefte Abkommen“ umfassten ebenfalls die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen der EU und der Ukraine im Energiebereich. Als Grundlage für die Gespräche galt das Memorandum über Kooperation im Energiebereich<sup>4</sup>, in dem als eine gemeinsame Strategie für die EU und die Ukraine, eine „stufenlose Annäherung der ukrainischen Energiewirtschaft an den EU-Energiebinnenmarkt festgelegt wurde – mit dem Ziel die volle Integration zu erreichen“.

### **Östliche Partnerschaft**

Im Mai 2008 legten Polen und Schweden einen gemeinsamen Vorschlag für eine „Östliche Partnerschaft“ vor. Analog zur von Frankreich forcier- ten „Mittelmeerunion“, zielt die Initiative auf einen

---

4 Memorandum über die Kooperation im Energiebereich zwischen der Europäischen Union und der Ukraine vom 01.12.05.

stärkeren Ausbau der Beziehungen zu einer bestimmten Gruppe von Nachbarstaaten ab. Beim polnisch-schwedischen Projekt geht es um die Ukraine, die Republik Moldau, Armenien, Georgien, Aserbaidschan und zum Teil um Belarus. Im Rahmen der „Östlichen Partnerschaft“ sind u.a. weitere Liberalisierungen des Visaregimes, eine tief greifende FHZ mit Schwerpunkt auf Agrarprodukten, sowie eine Vertiefung der Zusammenarbeit im Kultur- und Bildungsbereich vorgesehen. Der polnische Außenminister Sikorski betonte, dass die Initiative die bestehende ENP stärken und nicht etwa die EU-Strategie untergraben solle. Er unterscheide allerdings die „Partner Europas“ im Süden von den „europäischen Nachbarn“ im Osten mit einer „natürlichen Aussicht auf eine Mitgliedschaft“<sup>5</sup>. Die Initiative wurde auf dem nachfolgenden EU-Gipfel im Juni beschlossen. Zugleich verpflichtete sich die Kommission bis Frühling des kommenden Jahres einen konkreteren Umsetzungsplan vorzulegen.

Die Reaktionen auf die polnische Initiative waren unterschiedlich. Die ukrainische Führung reagierte distanziert, denn die „Östliche Partnerschaft“ stärkt das ENP-Format und eröffnet der Ukraine keine wirkliche Beitrittsperspektive.

### **Russland**

Seit November 2006 hatten Polen und Litauen die Verhandlungen über das neue Partner-

---

5 EurActive: <http://www.euractiv.com/de/erweiterung/polen-schweden-verteidigen-initiative-osten/article-172666>.

schafts- und Kooperationsabkommen mit Russland wegen Handelskonflikten blockiert. Erst Ende Mai 2008 wurde das Mandat für die Verhandlungen über das neue Partnerschaftsabkommen zwischen der EU und Russland von allen EU-Staaten einstimmig angenommen. Nach mehr als anderthalb Jahren wurde damit der Stillstand in den Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland beendet.

Auf dem EU-Russland-Gipfel, der am 26. und 27. Juni 2008 in der sibirischen Stadt Chanty-Mansijsk stattfand, wurden die Bereiche für künftige Verhandlungen abgestimmt, und der Termin für ihren Beginn festgelegt.

Im Mittelpunkt der Verhandlungen über das Nachfolgeabkommen, die am 4. Juli beginnen sollen, wird die Energiepolitik stehen. Seit dem Gasstreit zwischen Russland und der Ukraine (Transitland für Energielieferungen) ist die EU um die Energiesicherheit ihrer Mitgliedsstaaten besorgt und verlangt von Russland mehr Verlässlichkeit. Beim Thema Menschenrechte erwartet EU-Kommissar José Manuel Barroso einen konstruktiven Dialog mit Präsident Dimitri Medwedew<sup>6</sup>. Die Verhandlungen über das Nachfolgeabkommen werden frühestens 2010 enden.

Darüber hinaus wurden auf dem EU-Russland-Gipfel in Chanty-Mansijsk die Unstimmigkeiten in

den gegenseitigen Beziehungen angesprochen. In diesem Zusammenhang kritisierte der russische Präsident erneut die Pläne Tschechiens und Polens, Teile des US-Raketenabwehrsystems auf ihren Territorien zu installieren.

## **Geschlechterdemokratie und Frauenpolitik**

### **Anpassung an EU-Standards**

Im Zuge der notwendigen Anpassung an die EU-Richtlinien im Bereich Gender und Antidiskriminierung<sup>7</sup> wurden in den mitteleuropäischen EU-Ländern einige Gesetzesänderungen vorgenommen. Polen wurde ähnlich wie Tschechien für die Verzögerungen in der Implementierung der EU-Gesetzgebung bereits mehrmals ermahnt.

Unter der national-konservativen PiS-Regierung gingen in Polen die Arbeiten am Gleichstellungsgesetz nur mühsam voran, sie wurden durch den Regierungswechsel im Herbst 2007 zusätzlich verzögert. Nach der Machtübernahme durch die liberal-konservative Bürgerplattform wurde die vorher erarbeitete Gesetzesvorlage verworfen und die Arbeit an dem Gesetz neu in

---

6 Deutsche Welle, 11.07.08: <http://www.dw-world.de/dw/article/0,,3444522,00.html?maca=de-politikportal-1709-rdf>.

7 Hauptrichtlinien des Rates 2004/113/EG vom 13.12.2004 zur Gleichberechtigung von Frauen und Männern beim Zugriff auf Waren und Dienstleistungen.

Angriff genommen. Der neue Entwurf, der erst im Juli 2008 vorgelegt wurde, wurde von ExpertInnen und Vertreterinnen von Frauen-NGO kritisch aufgenommen. Die dort vorgeschlagenen Antidiskriminierungsmaßnahmen betreffen nur den Arbeitsmarkt und nicht weitere Bereiche wie Bildungs- und Gesundheitswesen, soziale Absicherung und Zugriff auf Güter und Dienstleistungen.

In Tschechien wurde zwar bereits im Februar 2008 von beiden Parlamentskammern ein Antidiskriminierungsgesetz verabschiedet, das indirekte und direkte Diskriminierung, sexuelle Belästigung und Mobbing sowie positive Maßnahmen gegen Diskriminierung definiert. Doch ist derzeit unklar, was mit dem Gesetz passiert. Im Mai legte der konservative, EU-skeptische Präsident Václav Klaus sein Veto dagegen ein. Daraufhin zog der Senat seine Unterstützung für das Gesetz mit der Begründung zurück, dass es ausschließlich auf Druck der EU hin verabschiedet worden sei. Zusätzlich hat der Senat, in dem ebenfalls konservative Kräfte überwiegen, die Regierung aufgefordert, auch auf EU-Ebene keine weiteren Richtlinien zur Antidiskriminierung zu befürworten.

In der Slowakei wurden dagegen einige Fortschritte erreicht. Im Februar 2008 stimmte das slowakische Parlament einer komplexen Novellierung des Antidiskriminierungsgesetzes von

2004 zu. Durch nachdrückliche Forderungen der Frauen-NGO gelang es, in das novellierte Gesetz den Begriff der sexuellen Belästigung einzuarbeiten. Ebenso wurde anerkannt, dass Schwangerschaft, Mutterschaft und sexuelle Identität keine Ursachen für Diskriminierung darstellen dürfen. Das Diskriminierungsverbot bezieht sich nicht nur auf das Arbeitsverhältnis, sondern auch auf die Bildung, soziale Absicherung und Dienstleistungen.

### **Änderungen bei den Institutionen**

In der Slowakei wurde im Oktober 2007 eine Regierungskommission für Geschlechtergleichstellung einberufen. Im Ministerium für Arbeit, Sozialpolitik und Familie entstand eine eigenständige Abteilung, die sich mit den Fragen der Geschlechtergleichheit befasst.

Anfang 2008 wurden in Tschechien die bestehenden Gleichstellungsinstitutionen (Regierungsrat für Chancengleichheit und die Abteilung für Gleichheit von Männern und Frauen) aus dem Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik in die Kanzlei des Premierministers verlegt und der Regierungsbeauftragten für Menschen- und Minderheitenrechte im Ministerrang unterstellt. Formal bedeutet dies einen Bedeutungszuwachs für diese Gremien.

Nach den vorgezogenen Wahlen in Polen (September 2007) forderten die Frauen-NGO den neuen Ministerpräsidenten Tusk auf, das von der

---

<sup>8</sup> siehe auch politischer Jahresbericht 2006-2007

national-konservativen PiS-Regierung abgeschaffte Amt der Regierungsbeauftragten für Chancengleichheit von Frauen und Männern wieder einzurichten. Die neue Regierung hielt eine Änderung der staatlichen Strukturen jedoch zunächst für überflüssig. Die Zuständigkeit für Fragen der Frauen- und Geschlechterpolitik blieb in der Abteilung für Frauen, Familie und Antidiskriminierung im Ministerium für Arbeit und Soziales verankert. Erst im März 2008 wurde zusätzlich eine Regierungsbeauftragte für die Geschlechtergleichstellung ernannt.

Im Zuge der Implementierung des Gleichstellungsgesetzes wurden in der Ukraine regionale und lokale Beratungsgruppen zur Umsetzung des Ziels der Geschlechtergleichheit berufen. Die erarbeiteten Aktionspläne wurden jedoch kaum umgesetzt, da die lokalen Abgeordneten in einigen Regionen die Verabschiedung des Haushalts verweigerten.

Die Fortschritte beim Aufbau der staatlichen Strukturen im Bereich der Geschlechtergleichstellung sind als relativer Erfolg zu bewerten, denn die Umsetzung geschlechterpolitischer Projekte scheitert an den bescheidenen Budgets der zuständigen Stellen und an ungenügenden Kompetenzen der Verantwortlichen.

## **Öffentliche Debatten**

In Polen und Tschechien stand die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Mittelpunkt des Medieninteresses. In Tschechien wurde die Gesetzesinitiative des Ministers für Arbeit und Sozialpolitik diskutiert, den Vätern einen obligatorischen Vaterschaftsurlaub zuzuerkennen. In Polen warb die überregionale Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“ in einer groß angelegten Kampagne für die Einführung einer am „tschechischen Muster“ orientierten Lösung. Die Einbeziehung der Männer in die Kinderbetreuung stieß in beiden Ländern auf zunehmende gesellschaftliche Zustimmung. Das kann als Veränderung in der Wahrnehmung der Geschlechterrollen im Berufs- und Familienleben bewertet werden. Eine geschlechtergerechtere Verteilung der familiären Pflichten wurde öffentlich wirksam dem traditionellen Familienmuster, das in den vergangenen Jahren von den konservativen politischen Kräften verstärkt propagiert wurde, entgegengesetzt.

In der Ukraine riefen Pläne zur Novellierung des Arbeitsgesetzbuches ein großes öffentliches Echo hervor. Der Vorschlag des Ministeriums für Arbeit und Sozialpolitik, im Zuge der Novellierung die Entlassung von Schwangeren zuzulassen, stieß auf öffentlichen Protest.

Im Zuge der Neuwahlen im September 2007 wurde in der Ukraine auch die Frage der Partizipation von Frauen in der Politik diskutiert. Im neu gewählten Parlament sind Frauen mit lediglich

8,2 Prozent vertreten. Damit belegt die Ukraine beim weltweiten Ranking hinsichtlich der „Repräsentation von Frauen in nationalen Parlamenten“ den 112. Platz. In diesem Zusammenhang entwarf ein Gesetzesentwurf, der die Einführung einer 20-prozentigen Quote für das in Minderzahl vertretene Geschlecht im Wahlrecht vorsieht, eine heftige und kontroverse Debatte in den Medien.

In Polen kam es erneut zu einer öffentlichen Auseinandersetzung über die Frage des Abtreibungsrechts. Im Juni 2008 berichteten die Medien über das Drama eines vierzehnjährigen Mädchens, das infolge einer Straftat<sup>9</sup> schwanger wurde. Obwohl die polnische Gesetzgebung in diesem Fall den Schwangerschaftsabbruch zulässt, wurde die Wahrnehmung des dem Mädchen zustehenden Rechtes fast verhindert. Im Verlauf der Ereignisse wurde die Konsolidierung der „pro life“-Gruppen, die von Teilen der konservativen politischen Kräfte und der Kirche unterstützt werden, sowie die Ignoranz und der Unwille der zuständigen Behörden deutlich. Dennoch wurde in der Debatte das restriktive polnische Abtreibungsgesetz als „Abtreibungskompromiss der polnischen Gesellschaft“<sup>10</sup> in Frage gestellt und die Durchführung eines Referendums über die Liberalisierung des Gesetzes gefordert.

---

<sup>9</sup> In Polen gilt als Straftat der Sexualverkehr mit einer/ einem Minderjährigen

<sup>10</sup> Fester Begriff, der von konservativen PolitikerInnen in den Debatten über das Abtreibungsrecht oft als Argument gegen die Liberalisierung des Gesetzes verwendet wird.

Die Frage der Abtreibung wurde im vergangenen Jahr auch in der Slowakei diskutiert. Im Dezember 2007 verhandelte der Oberste Gerichtshof die Klage einer Parlamentariergruppe, die das relativ liberale Gesetz zum Schwangerschaftsabbruch für verfassungswidrig hielt. Der Gerichtshof entschied, dass das Gesetz mit der Verfassung übereinstimmt.

### **Die Frauennichtregierungsorganisationen**

Die Frauennichtregierungsorganisationen (NGO) aus den mitteleuropäischen EU-Ländern griffen im vergangenen Jahr zunehmend auf EU-Fördermittel zurück. Dabei wurde die thematische Fokussierung der Projekte den EU-Prioritäten angepasst. Wegen der geringen Finanzierungsmöglichkeiten aus anderen Quellen konnten Aktivitäten in Themenbereichen, die über diese Prioritäten hinausgehen nur bedingt durchgeführt werden.

In einigen Ländern haben formale und informelle Netzwerke der Nichtregierungsorganisationen ihre Zusammenarbeit verstärkt. In der Slowakei entstand eine informelle Fraueninitiative, die im Laufe des vergangenen Jahres einen Alternativbericht über die Umsetzung der UNO-Konvention zur Beseitigung aller Diskriminierungsformen gegenüber Frauen erarbeitete. In Polen wurden Versuche unternommen, die Kreise der Frauenorganisationen zu konsolidieren. Anfang 2008 entstand eine zunächst informelle Plattform, die seit dem Ende der Tätigkeit des

Fraueninformationszentrums OŠKa (2005) fehlte. In Tschechien wurden die Aktivitäten der Tschechischen Frauenlobby formalisiert, indem sich diese als Verein eintragen ließ. Im Gegensatz dazu gibt es in der Ukraine kein Netz von Frauenorganisationen, das eine wirksame Lobbyarbeit gewährleistet.

## Energie- und Klimapolitik

### EU-Energiepaket und Nationale

#### Allokationspläne

Im Rahmen der Implementierung des EU-Energiepakets in geltendes EU-Recht wurden im Januar 2008 die Ziele für die einzelnen Mitgliedsländer zur Erhöhung ihres Anteils an erneuerbaren Energien bis 2020 festgelegt. Diese länderspezifischen Ziele sollen dazu beitragen, in der EU die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien bis 2020 auf 20 Prozent zu erreichen. Tschechien soll nach dem Vorschlag der Kommission den Anteil auf 13 Prozent (2005: 6,1 Prozent), Polen auf 15 Prozent (2005: 7,2 Prozent) und die Slowakei auf 14 Prozent (2005: 6,7 Prozent) steigern. Vermutlich wird Tschechien eher als die anderen Länder sein Ziel erreichen. In Polen ist ein langsamer Fortschritt erkennbar, in der Slowakei sind eher Rückschritte zu beobachten. Sowohl Polen als auch die Slowakei

schöpfen bislang das hohe Potential zur Nutzung von Biomasse unzureichend aus.<sup>11</sup>

Ein weiteres wichtiges Thema waren die 2007 beim Europäischen Gerichtshof eingereichten Klagen aller drei Länder gegen die von der EU-Kommission vorgeschlagenen Nationalen Allokationspläne für den EU-Emissionshandel in der Periode 2008 bis 2012. Alle drei Länder begründeten die Klagen damit, dass die zugeteilten Höchstmengen an Emissionen ihre wirtschaftliche Entwicklung negativ beeinflussen würden. ExpertInnen aus der Region kritisierten ihre Regierungen für diese Reaktion. Sie machten deutlich, dass die von der EU-Kommission vorgeschlagenen Emissionsmengen den zu erwartenden Emissionen entsprechen und das Emissionsverringierungspotential noch über die genannten Grenzen hinaus geht. Der tschechische Umweltminister Martin Bursík (SZ) sprach sich gegen die Klage aus, konnte sie jedoch im Kabinett nicht verhindern. Die Slowakei zog Anfang 2008 ihre Klage zurück, nachdem sie sich mit der EU-Kommission über eine leichte Erhöhung der Emissionsmenge einigen konnte. Es ist zu erwarten, dass die EU-Kommission sich durchsetzt und die Klagen Polens und Tschechiens abgewiesen werden.

---

11 vgl. European Commission, DG Energy and Transport 2008: RES Sheet Czech Republic, RES Sheet Poland, RES Sheet Slovak Republic, [http://ec.europa.eu/energy/climate\\_actions/facts\\_en.htm](http://ec.europa.eu/energy/climate_actions/facts_en.htm)

## **Entwicklungen der polnischen Energiepolitik**

In Polen kam es Ende des Jahres 2007 zu einem Regierungswechsel und der Neubesetzung des Umweltressorts mit Maciej Nowicki, einem anerkannten Fachmann, der für eine progressive Energie- und Klimapolitik eintritt. Insgesamt gilt seine Position innerhalb des Kabinetts allerdings als sehr schwach.

In Polen werden mehrheitlich die verstärkte Nutzung von Kohle und auch der Einstieg in die Atomenergie als die Schlüssellösungen für mehr Energieunabhängigkeit gesehen. Konkrete Pläne für den Bau von Atomkraftwerken gibt es derzeit jedoch nicht. Polen scheint zunehmend das Interesse zu verlieren, sich an einem Atomkraftwerksneubau in Litauen finanziell zu beteiligen. Der Kohlenutzung wiederum sind vor dem Hintergrund der zunehmend steigenden Emissionsreduktionsverpflichtungen Grenzen gesetzt. Wenig überraschend ist es daher, dass die polnische Regierung immer wieder betont, dass die Besonderheiten der polnischen Wirtschaftsstruktur und die starke Abhängigkeit von Kohle nicht ausreichend in die Überlegungen zum EU-Energiepaket eingeflossen sind. Um den Druck zur Reduzierung der Kohlenutzung zu verringern, setzt die polnische Regierung stark auf Carbon Capture and Storage (CCS)<sup>12</sup> und pro-

---

<sup>12</sup> CCS ist ein Prozess zur CO<sub>2</sub>-armen Nutzung fossiler Rohstoffe bei der Stromerzeugung. CO<sub>2</sub> aus der Verbrennung fossiler Energieträger soll abgetrennt und danach eingelagert werden, um nicht in die Atmosphäre zu gelangen. Die Entwicklung der Technik befindet sich noch in der Testphase. Ein Problem liegt bspw. in der Suche nach geeigneten Einlagerungsfläche sowie den derzeit noch unklaren Kosten.

pagiert CCS als Möglichkeit, auch im Kontext ambitionierter Klimaschutzziele weiterhin Kohle als wichtigsten Energieträger beizubehalten. Risiken und Nachteile von CCS hingegen werden kaum thematisiert und die damit verbundenen Kosten unter- sowie der Entwicklungsstand der Technologie überschätzt. Innerhalb der NGO ist die Einschätzung der Rolle von CCS für den Klimaschutz ein umstrittenes Thema.

## **Internationale Klimakonferenz in Poznan**

Polen bereitet sich zurzeit intensiv auf seine Rolle als Gastgeberland der Conference of the Parties 14 (COP) vor<sup>13</sup>. Eine der ersten Amtshandlungen des neuen Umweltministers war es, eine grundsätzliche Strategie für die Durchführung der COP 14 zu entwickeln sowie die Finanzierung der COP 14 im Staatshaushalt sicherzustellen. Die vorherige Regierung war von ExpertInnen stark dafür kritisiert worden, dass sie die Vorbereitung für die COP 14 vernachlässigt habe und sich nicht der Verantwortung, die mit dieser Gastgeberrolle verbunden ist, bewusst gewesen sei. Auch die polnische NGO-Klimakoalition bereitet sich intensiv auf die COP 14 vor und versucht dieses Ereignis zu nutzen, um stärkeres öffentliches Interesse für das Thema in Polen herzustellen.

---

<sup>13</sup> Die Conference of the Parties (COP) ist das jährliche Treffen der Unterzeichnerstaaten der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (United Nations Framework Convention on Climate Change, UNFCCC). Im Rahmen der Treffen werden internationale Maßnahmen zum Schutz des Klimas verhandelt. Näheres zum UNFCCC: <http://unfccc.int>



## **Energiepolitische Strategien in Tschechien**

In den vergangenen Monaten wurden in Tschechien zwei wichtige Studien veröffentlicht, die sich mit der zukünftigen Energiepolitik beschäftigen. Im Mai 2008 präsentierte Umweltminister Bursík eine Studie, in der Tschechiens Möglichkeiten aufgezeigt werden, seine Emissionen bis 2050 um bis zu 50 Prozent zu reduzieren. Dazu ist neben einer Steigerung der Energieeffizienz und des Anteils der erneuerbaren Energien, eine stärkere Nutzung von Erdgas notwendig. Kritiker der Studie befürchten, diese Umstellung würde zu erhöhten Energiepreisen führen und die Wettbewerbsfähigkeit der tschechischen Wirtschaft schwächen.

Anfang Juli 2008 wurden erste Ergebnisse der Pačes-Kommission<sup>14</sup> präsentiert, die die Aufgabe hatte, Vorschläge für eine zukünftige Energiepolitik zu entwickeln. Der Abschlussbericht wird für September 2008 erwartet. Von den wenigen schon jetzt präsentierten Empfehlungen wurde insbesondere die zur Einbeziehung der Atomenergie in zukünftige Energieszenarien intensiv diskutiert. Premier Topolánek erklärte umgehend, dass die Regierung sobald wie möglich eine Diskussion über die zukünftige Nutzung der Atomkraft führen werde. Umweltminister Bursík übte harte Kritik an der Arbeit der Kommission und deren Vorsitzenden. Der Bericht der Kommission sowie die Reaktionen auf ihn ma-

---

<sup>14</sup> Die Kommission, die vom tschechischen Parlament eingesetzt wurde, trägt diesen Namen, da die Leitung vom Präsident der Akademie der Wissenschaften, Václav Pačes, übernommen wurde.

chen deutlich, dass in der Energiepolitik unüberbrückbare Gegensätze zwischen den Koalitionspartnern ODS und SZ bestehen.<sup>15</sup> Die Umweltorganisation Hnutí DUHA kritisierte die Kommission dafür, dass sie einen zu starken Fokus auf Atom lege und sich kaum mit zukunftsweisenden modernen Energiekonzepten auseinandersetze.<sup>16</sup>

## **Die slowakische Energiepolitik**

In der Slowakei wird die Diskussion durch die Themen Atomkraft, Kohle sowie Sicherstellung von Energieimporten durch bilaterale Abkommen mit Russland und die Stärkung der Rolle der Slowakei als Energietransitland bestimmt. Zurzeit ist der Bau von zwei neuen großen Kohlekraftwerken geplant. Aus Sicht von Umweltorganisationen könnten diese die Emissionen der Slowakei um 14 bis 15 Prozent erhöhen. Zudem wird die Atomkraft durch die Regierung massiv als das wichtigste Instrument zur Reduzierung von Emissionen gefördert. Die Slowakei steht von Seiten der EU-Kommission unter dem Druck, das Atomkraftwerk in Bohunice bis Ende 2008 zu schließen. Als Reaktion auf diese zu erwartende Schließung wurde im Juni diesen Jahres damit begonnen, die Leistungsfähigkeit des Atomkraftwerkes Mochovce hochzufahren, welches aufgrund seiner Sicherheitsmängel europaweit unter Kritik steht. Zudem wird an zwei

---

<sup>15</sup> České Noviny 04.07.2008: Govt should open all energy issues for evaluation, [http://www.ceskenoviny.cz/news/index\\_view.php?id?=321665](http://www.ceskenoviny.cz/news/index_view.php?id?=321665)

neuen Blöcken in Mochovce gearbeitet, die 2012 ans Netz gehen sollen. Bisher hat die EU diesem Ausbau jedoch noch nicht zugestimmt. Die NGOs kritisieren den Ausbau und kündigten an, alle rechtlichen Schritte zu nutzen, um diesen zu verhindern.

### **Die ukrainische Energiepolitik**

Die energiepolitische Debatte in der Ukraine ist weitgehend von der Frage des Gasimportes und der Sicherstellung der Energieversorgung geprägt. Im März 2008 kam es wie schon 2006 und 2007 erneut zu einem Gasstreit mit Russland. Die reduzierten Gaslieferungen wirkten sich auch auf die Europäische Union aus, da die Ukraine ankündigte, weniger Gas in diese zu liefern, wenn Russland weiterhin die Lieferungen an die Ukraine zurückfahre. Im Verlauf des Gasstreites kam es zu starken Lieferengpässen, so dass ukrainischen VerbraucherInnen teilweise das Gas abgedreht wurde. Der Gasstreit konnte beigelegt werden, doch die Lage bleibt angespannt.

Innenpolitisch kam es zu keinen maßgeblichen Veränderungen in der Energiepolitik. Grund dafür ist auch, dass aufgrund der instabilen Machtverhältnisse und der Spannungen in der Regierung nur die nötigsten politischen Entscheidungen getroffen und viele geplante Maßnahmen auf Eis gelegt wurden. Die nationale Energiestra-

ategie setzt weiterhin einen deutlichen Schwerpunkt auf den Ausbau von Atomenergie. Im Bereich der Energieeffizienz, der große Potentiale für Energieeinsparungen bietet, hat die Regierung bisher keine entsprechenden Maßnahmen in die Wege geleitet.

## **Berichte aus den Ländern**

### **Polen**

#### **Neuwahlen in Polen**

Die auf Konfrontation mit dem politischen Gegner und mit politisch unbequem gewordenen Verbündeten aufgebaute Politik der regierenden PiS führte im Oktober 2007 zu vorgezogenen Neuwahlen. Anfang Juli zerbrach die ständig kriselnde<sup>17</sup> Regierungskoalition aus der nationalkonservativen Partei PiS und den populistischen Randparteien LPR<sup>18</sup> und Samoobrona<sup>19</sup> an einer „Grundstücksaffäre“. Der Vize-Premierminister, Landwirtschaftsminister und Samoobrona-Chef Andrzej Lepper wurde beschuldigt, Bestechungsgelder für die Umwandlung von Landwirtschaftlichen Nutzflächen in Baugrundstücke annehmen zu wollen. Zwar misslang die Aktion der Antikorruptionsbehörde (CBA), durch die Lepper bei der Geldübergabe überführt werden sollte, dennoch wurde er aller

---

16 Hnutí DUHA-Tiskové zprávy 04.07.2008: Pačesova komise: prim hráje energetická efektivnost, <http://www.hnutiduha.cz/index.php?cat=zpravy&id=6>

---

17 siehe Jahresbericht 2006/2007

18 LPR – Liga Polskich Rodzin: Liga der Polnischen Familien

Regierungsämter enthoben. Daraufhin verließ die Samoobrona die Koalition, und die Regierung verlor die Mehrheit im Parlament. Im August 2007 wurden die vorzeitige Selbstauflösung des Sejms und vorgezogene Neuwahlen beschlossen.

Der Wahlkampf, der ähnlich wie bei den Parlamentswahlen im Herbst 2005 hauptsächlich zwischen der regierenden PiS und der größten Oppositionspartei PO ausgetragen wurde, war weitgehend inhaltsleer. Die PiS versuchte sich erneut als politische Kraft zu profilieren, die den einfachen Bürger vor dem geheimen Komplott und den Machenschaften der korrumpierten Eliten schützt, während die Bürgerplattform die Wahlgegnerin als autokratisch und unberechenbar, und als Bedrohung für die Demokratie diffamerte.

Die Wahlstrategie der PiS erwies sich als nur bedingt wirksam. Mit 32,1 Prozent<sup>20</sup> erreichte die Partei zwar ein ansehnliches Wahlergebnis, das den Wahlsieg vom Herbst 2005 um 8 Prozent übertraf. Dennoch war der Mobilisierungsgrad bei den WählerInnen größer, die des Politikstils der letzten zwei Jahre überdrüssig waren. Davon profitierte vor allem die PO, die als einzige Alternative gesehen wurde, um die PiS abzulösen. Nicht zuletzt aus diesem Grund siegte sie bei

einer überraschend hohen Wahlbeteiligung von 53,7 Prozent mit 41,5 Prozent der Stimmen. In das neue Parlament zogen neben der PO und der PiS die gemäßigte Bauernpartei PSL mit einem Wahlergebnis von 8,9 Prozent und die Wahlkoalition LiD mit 13,1 Prozent ein.

Die bis Juni 2007 mitregierenden LPR und Samoobrona verfehlten mit ihren Ergebnissen von 1,3 Prozent und 1,5 Prozent deutlich die Fünfprozenthürde. Von dieser Wahlniederlage scheinen sich beide nicht mehr zu erholen. Die Befreiung des Parlaments von den populistischen Randparteien wird in der polnischen Öffentlichkeit mehrheitlich als wichtigstes Ergebnis der vorgezogenen Neuwahlen gesehen.

Angesichts der komplizierten Registrierungsverfahren, die ihre schwachen Parteistrukturen überfordert hätten, hatten die polnischen „Grünen 2004“ beschlossen, nicht an den Parlamentswahlen teilzunehmen.

### **„Politik der Liebe“ in der polnischen Politik**

Das Ergebnis der Wahlen war eine klare Absage an die Politik der PiS-Regierung, insbesondere an den polarisierenden skandalbehafteten Politikstil. Daraus hat der neue Regierungschef Tusk Konsequenzen gezogen. Die reibungslose und schnelle Bildung der Regierungskoalition aus Bürgerplattform und der gemäßigten Bauernpartei PSL sollte die Veränderungen im Umgangston auf der politischen Bühne anzeigen. Bereits einen Monat nach den Wahlen, am 23. Novem-

---

19 Samoobrona: Selbstverteidigung

20 Die Wahlergebnisse siehe „Gazeta Wyborcza „Wybory 2007“: <http://serwis.gazeta.pl/wybory2007/0.0.html?adw=1&qclid=CKm957iE65QCFQ2qQwodz34TSQ>

ber 2007, wurde der Koalitionsvertrag unterschrieben. Beide Parteichefs, Tusk (PO) und Pawlak (PSL) betonten, dass der künftigen Zusammenarbeit, trotz programmatischer Unterschiede gegenseitige Achtung und Kooperationswillen zugrunde liegen sollten<sup>21</sup>. Dieser Ansatz, der zuweilen als „Politik der Liebe“ belächelt wurde, bestimmte den Umgangston zumindest auf der Ebene der Regierungspolitik. Nicht zuletzt aus diesem Grund<sup>22</sup> blieben die Zustimmungswerte für Premierminister Tusk stabil und überraschend hoch. Laut Umfragen lagen sie im März 2008 bei 58 Prozent<sup>23</sup> und im Juli trotz zunehmender Kritik über das Ausbleiben von Reformen immer noch bei 53 Prozent<sup>24</sup>.

Dagegen gestalten sich die Beziehungen zwischen Präsident Kaczynski und Ministerpräsident Tusk eher nach PiS-Manier. Das anfängliche Kompetenzgerangel, dem eine unklare Verteilung der Kompetenzen unter die Ämter zugrunde liegt, eskalierte im vergangenen halben Jahr insbesondere im Bereich der Außenpolitik zu einem Machtkampf zwischen Präsident und Premierminister. Grundsätzlich liegt die Verantwortung für die Politikführung bei der Regierung. Dennoch schreibt die polnische Verfassung dem Präsidenten „die Vertretung des Landes nach Außen“ zu. Zudem kann der Präsident mit dem

ihm laut Verfassung zustehenden Vetorecht Regierungsentscheidungen oder die Verabschiedung von Gesetzen blockieren. Diese Instrumente nutzte Präsident Kaczynski mehrmals. Im Dezember hatte er die Unterzeichnung der Grundrechtecharta auf dem Gipfel in Lissabon verhindert. Nach dem irischen „Nein“ zum Lissabonner Vertrag im Juni 2008 verweigerte er die Unterzeichnung der Ratifizierungsurkunde, obwohl beide Parlamentskammern den Vertrag bereits ratifiziert hatten. Schließlich mischte sich Präsident Kaczynski ohne Abstimmung mit der Regierung in die Verhandlungen mit den USA über die Stationierung von Abwehrraketen ein, indem er im Juni 2008 die ehemalige Außenministerin und damalige Chefin der Präsidentskanzlei Fotyga in einer „Geheimmission“<sup>25</sup> nach Amerika schickte. In der Praxis scheint Polen eine „doppelte Außenpolitik“ zu betreiben, wobei Regierung und Präsident widersprüchliche Interessen signalisieren.

### **Kurskorrektur in der polnischen Außenpolitik**

Die Änderung der politischen Machtverhältnisse hatte eine Kurskorrektur im Bereich der Außenpolitik Polens zur Folge. Nach zwei Jahren europaskeptischer PiS-Regierung setzte sich der neue Ministerpräsident Tusk zum Ziel, Polen aus der Außenseiterposition auf europäischer Ebene herauszumanövrieren und das Land zu „einem

---

21 siehe Meldung der Polnischen Presseagentur vom 12.11.2007: „Koalicja PO-PSL formalnie zawiązana“

22 Laut Umfrage von TNS OBOP vom 25.02.2008 meinten 65% der Befragten, dass Premierminister Tusk hohen Zustimmungswerte erreiche, weil die Regierung nicht streitet.

23 siehe Ergebnisse der Umfrage TNS OBOP vom 27.03.2008.

24 siehe Ergebnisse der Umfrage TNS OBOP vom 7.07.2008.

---

25 siehe Gazeta Wyborcza, „Tajna misja Fotygi“, [http://wyborcza.pl/1,76842,5389614,Tajna\\_misja\\_Fotygi\\_w\\_USA.html](http://wyborcza.pl/1,76842,5389614,Tajna_misja_Fotygi_w_USA.html).

wichtigen Akteur in der EU und in der Welt“<sup>26</sup> zu machen. In seiner Antrittsrede am 23. November nannte er die Verbesserung der angeschlagenen Beziehungen zur EU und den Nachbarstaaten Deutschland und Russland als außenpolitische Prioritäten.

Die neue Regierung distanzierte sich deutlich von der Kriegsrhetorik und der Blockadepolitik ihrer Vorgänger. Kurz nach dem Amtsantritt unterzeichnete Ministerpräsident Tusk auf dem EU-Gipfel im Dezember 2007 den Lissabonner Vertrag und versprach, sich für dessen rasche Ratifizierung einzusetzen. Auf dem Außenministertreffen in Brüssel Ende Mai reichte Polen eine in Absprache mit Schweden vorbereitete Initiative „Östliche Partnerschaft“ ein, die die ENP stärken soll. Während des nachfolgenden EU-Gipfels in Brüssel am 19. und 20. Juni stimmten die Regierungschefs dem Projekt zu, was in Polen als Erfolg der polnischen Diplomatie<sup>27</sup> bewertet wurde.

Anfang 2008 wurden Verhandlungen mit Russland über die Aufhebung des Embargos für polnische Fleischexporte aufgenommen und der Konflikt beigelegt. Im Mai 2008 zog Polen sein Veto zurück, mit welchem es seit Februar 2006 die Aufnahme von Verhandlungen über das

PKA-Nachfolgeabkommen zwischen der EU und Russland blockiert hatte.

In diesem Zusammenhang wurden die in den vergangenen Jahren spärlichen Kontakte zwischen Polen und Russland intensiviert. So fand am 8. Februar in Moskau ein Treffen zwischen Präsident Putin und Premierminister Tusk statt. Während des Treffens wurden einige Streitpunkte zwischen Polen und Russland thematisiert. Obwohl beide Seiten das positive Gesprächsklima betonten, wurde kaum eine Annäherung erreicht. Knapp eine Woche später kündigte der russische Präsident an, dass er im Falle einer Stationierung des Schutzschildes russische Raketen auf Polen richten werde.

Nach dem Regierungswechsel haben sich die ins Trudeln geratenen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen entspannt. Beide Seiten bemühten sich um einen konstruktiven Umgang mit den Problemen, die in den letzten Jahren entstanden waren.

Während des Antrittsbesuchs von Ministerpräsident Tusk in Berlin im Dezember 2007 wurden die Probleme der letzten Jahre in den deutsch-polnischen Beziehungen angesprochen, und der beiderseitige Wille geäußert, diese in einem offenen und vertrauensvollen Dialog zu lösen. Während eines zweitägigen Besuchs von Außenminister Steinmeier auf Einladung von Außenminister Sikorski Anfang April 2008 stand die

---

26 siehe - ZEIT ONLINE, 23.11.2007, Alice Bota, "Nicht das A-schenputtel der EU", <http://www.zeit.de/online/2007/48/polen>.

27 siehe Meldung der Polnischen Presseagentur vom 20.06.2008, „Sukces polskiej dyplomacji: Unia przyjęła projekt Wschodniego Partnerstwa“.

EU-Ostpolitik im Mittelpunkt der Gespräche. Beide Minister einigten sich darauf, die Gestaltung der Beziehungen mit den östlichen Nachbarn der EU trotz bestehender Differenzen künftig enger abzustimmen. Kurz vor dem EU-Gipfel im Juni fand ein Treffen zwischen Kanzlerin Merkel und Regierungschef Tusk statt, auf dem u.a. das Vorgehen der EU nach dem irischen „Nein“ und das polnische Projekt „Östliche Partnerschaft“ diskutiert wurden.

### **Verhandlungen zum Raketenschutzschild**

Während nach dem Regierungswechsel das Engagement Polens auf europäischer Ebene merklich zunahm, wirkt das Verhältnis der neuen Regierung zu den USA im Vergleich zu ihrer Vorgängerin distanzierter.

Trotz der Proteste von Präsident Kaczynski hat die neue polnische Regierung den Rückzug der polnischen Truppen aus dem Irak im Januar 2008 beschlossen und im Juni damit begonnen.

Noch im Sommer 2007 galten die Verhandlungen über die Stationierung von US-Abwehrraketen auf polnischem Boden als beinahe abgeschlossen. Im August 2007 kündigte Präsident Kaczynski nach seiner USA-Reise den baldigen Vertragsabschluss und den Beginn der Bauarbeiten im nordpolnischen Redzikowo für Februar 2008<sup>28</sup> an.

---

28 „Eine beschlossene Sache“, Heise: (7) <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/25/25780/1.html>.

Nach dem Regierungswechsel wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen. Doch im Gegensatz zu ihren Vorgängern hatte es die neue Regierung mit dem Abschluss nicht eilig und stellte neue Forderungen. Im Mittelpunkt der polnisch-amerikanischen Gespräche, die in der ersten Jahreshälfte auf unterschiedlichen Ebenen hastig geführt wurden, standen die zusätzlichen Sicherheitsgarantien für Polen und die Aufstockung der Modernisierungshilfen für die polnische Armee. Auch während eines Besuchs von Ministerpräsident Tusk im März 2008 in den USA konnte diesbezüglich keine Einigung mit der Regierung Bush erreicht werden.

Während Tschechien den Vertrag mit den USA am 8. Juli in Prag bereits unterschrieben hatte, lehnte die polnische Regierung kurz davor das Vertragsangebot der USA erneut ab. Am 4. Juli gab Premierminister Tusk bekannt, dass die Verhandlungen nicht zufriedenstellend verlaufen seien und Polen „keine ausreichenden Sicherheitsgarantien bekommen“ habe<sup>29</sup>. Daraufhin sagte Außenministerin Condoleezza Rice ihren für den 10. Juli geplanten Besuch in Warschau ab. Dennoch sind die Verhandlungen noch nicht völlig gescheitert.

Die Verhandlungsführung der Regierung steht im Mittelpunkt des Konflikts zwischen Präsident Kaczynski und Premierminister Tusk, wird aber von einer Mehrheit in der polnischen Öffentlich-

---

29 Gazeta Wyborcza vom 4.07.2008: [http://wiadomosci.gazeta.pl/Wiadomosci/1,80269,5425943,Tusk\\_nie\\_jestesmy\\_zadowoleni.html](http://wiadomosci.gazeta.pl/Wiadomosci/1,80269,5425943,Tusk_nie_jestesmy_zadowoleni.html).

keit unterstützt. Lediglich 36 Prozent<sup>30</sup> der polnischen BürgerInnen befürworteten den Bau des Raketenabwehrsystems in Polen.

## Tschechien

### Innenpolitische Spannungen in Tschechien

2007 kam es zu zwei Ministerrücktritten: Im Oktober 2007 trat die Ministerin für Bildung, Jugend und Sport Dana Kuchtová (SZ) wegen Problemen bei der Beantragung und Verwaltung von EU-Mitteln und Unstimmigkeiten über die personelle Besetzung des Ministeriums zurück. Im Dezember wurde der bisherige Vorsitzende des Ausschusses für Europäische Angelegenheiten und stellvertretende Parteivorsitzende für Internationale Beziehungen Ondřej Liška (SZ) ihr Nachfolger. Die Neubesetzung des Ministeriums gestaltete sich sehr schwierig und sorgte für parteiinterne Auseinandersetzungen, die teilweise in den Medien ausgetragen wurden. Das Verhältnis zwischen Martin Bursík (stellvertretender Premierminister, Umweltminister und Parteivorsitzender der SZ) und Dana Kuchtová (erste stellvertretende Parteivorsitzende) ist seit dem Ausscheiden Dana Kuchtová aus der Regierung angespannt, was auch die Kommunikation innerhalb der Partei und Fraktion erschwert. Um die parteiinternen Auseinandersetzungen zu

lösen, setzte Parteivorsitzender Martin Bursík am 9. Juli 2008 im Vorstand durch, im September einen Parteitag einzuberufen.

Im November 2007 legte der umstrittene Minister für Regionalentwicklung und Vorsitzende der Christdemokraten Jiří Čunek (KDU-ČSL) sein Amt nieder. Gegen ihn liefen nicht nur Ermittlungen wegen Korruption, er war auch aufgrund seiner wiederholt populistischen Äußerungen gegen die Roma-Minderheit für die Koalition eine Belastung. Die Ermittlungen, die mit dem Verdacht des Missbrauchs von Sozialleistungen verbunden waren, wurden Ende Januar eingestellt, da sich nach Aussagen der Staatsanwaltschaft kein Hinweis auf einen Gesetzesbruch ergeben habe. Die KDU-ČSL forderte im Anschluss die Rückkehr ihres Parteivorsitzenden ins Kabinett. Die Grünen lehnten die Rückkehr von Jiří Čunek ins Kabinett ab. Außenminister Karel Schwarzenberg (parteilos, nominiert von den Grünen) drohte für den Fall der Rückkehr mit dem Ausscheiden aus der Regierung. Ondřej Liška signalisierte, dass sich die grünen Minister im Fall eines Ausscheidens Schwarzenbergs aus der Regierung identisch verhalten würden. Vor der Rückkehr Jiří Čunks ins Kabinett im April 2008 kündigte Karel Schwarzenberg an, dass er eine Prüfung der Vermögensverhältnisse Čunks durch eine unabhängige Firma veranlassen werde und im Fall belastenden Materials Konsequenzen ziehen müsse. Am 13. Juli gab Parteivorsitzender Martin Bursík bekannt, dass die Ergebnisse der Prüfung ihm keine Argumente

---

<sup>30</sup> siehe Umfrage der Rzeczpospolita:  
<http://www.rp.pl/arttykul/159583.html>.

dafür liefern würden, beim Premierminister Mirek Topolánek (ODS) den Rücktritt Čunek's einzufordern. Seiner Meinung nach müssen weder der Außenminister Karel Schwarzenberg noch der Regionalminister und 1. stellvertretender Ministerpräsident Jiří Čunek zurücktreten. Karel Schwarzenberg veröffentlichte die Ergebnisse der Prüfung am 13. Juli 2008. Er kündigte an, dass die Prüfung fortgesetzt werden müsse, da Jiří Čunek der beauftragten Firma 700 von insgesamt 4000 Seiten Material nicht übergeben habe.

Zu einem der wichtigsten innenpolitischen Themen zählten die Veränderungen in der Sozialpolitik der Tschechischen Republik ab Januar 2008. 2007 wurde ein umfassendes Reformpaket zu den Bereichen Gesundheit, Renten, Steuern und Finanzen verabschiedet. Kernelemente der Reform sind die Einführung eines so genannten Superbruttolohns als Bemessungsgrundlage für die Einkommenssteuern, die Erhöhung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes von 5 Prozent auf 9 Prozent, die Verringerung des Elterngeldes und der Geburtenprämie, die Einschränkung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall sowie die Einführung einer Praxisgebühr. Die Reform wurde von der Opposition und der Bevölkerung sowie auch einigen Abgeordneten der SZ und KDU-ČSL, die eine Nachbesserung des Reformpakets verlangen, sehr kritisch aufgenommen. Kritisiert wird vor allen Dingen, dass das Reformpaket zu wenige sozialpolitische Elemente beinhaltet.

## **Tschechische Präsidentschaftswahl**

Am 15. Februar 2008 wurde der tschechische Präsident Václav Klaus (ODS) nach schwierigen Verhandlungen beim zweiten Wahlversuch in seinem Amt bestätigt.<sup>31</sup> Auch wenn an der Wiederwahl von Klaus nur wenige ExpertInnen zweifelten, ist es überraschend, wie knapp diese ausfiel. Die Unterstützung für Václav Klaus war nicht so stark wie lange angenommen, seine Wiederwahl stellte keine bloße Formalität dar. Im Prozess der Suche nach einer realistischen Alternative zu Klaus schlugen die tschechischen Grünen mit Jan Švejnar einen Gegenkandidaten vor, der auch die Unterstützung anderer politischer Parteien gewann. Die Tatsache, dass die Regierungsparteien nicht vereint hinter einem Kandidaten standen, war allerdings auch eine Belastung für die Regierungskoalition aus ODS, KDU-ČSL und SZ.

Die erste gemeinsame Sitzung der beiden Parlamentskammern war überschattet von langwierigen Diskussionen über die Art der Wahl: Es ist nicht klar geregelt, unter welchen Bedingungen eine geheime oder eine offene Abstimmung erfolgen muss. Erst zehn Stunden nach Eröffnung der Sitzung konnte der erste Wahlgang beginnen, in dem offen abgestimmt wurde. Die Grünen waren ursprünglich für eine geheime Wahl, beschlossen aber kurz vor der ersten Wahl, sich für eine offene Abstimmung einzusetzen, um

---

31 Der Präsident der Tschechischen Republik wird in gemeinsamer Sitzung von den beiden Parlamentskammern, dem Senat (81 Mandate) und dem Abgeordnetenhaus (200 Mandate), gewählt.



einen transparenten Ablauf der Wahl zu gewährleisten. Der Grund für diese Entscheidung war, dass es kurz vor dem ersten Wahlversuch zu verschiedenen Treffen kam, die auf Korruption in Form von Stimmenkauf hindeuteten.

Nach dem gescheiterten Wahlversuch vom 8. und 9. Februar 2008 drängten sich die Kommunisten in den Mittelpunkt der Verhandlungen. Sie versuchten ihre Position zu nutzen, um andere politische Ziele durchzusetzen. So forderten sie von den Grünen und Sozialdemokraten im Gegenzug für die Unterstützung von Jan Švejnar die klare Ablehnung der geplanten US-amerikanischen Radarbasis sowie die Zusage eines „Nichtangriffspakts“ mit der KSČM (Kommunistische Partei). Die Grünen lehnten Verhandlungen über diese Forderungen ab.

PolitologInnen vermuten, dass die Wahl die Politikverdrossenheit seitens der Bevölkerung erhöhen wird. Im Verlauf des Wahlprozesses wurden Stimmen laut, die eine Direktwahl des Staatspräsidenten fordern. Die Regierungskoalition einigte sich am 2. Juli 2008 darauf, bis Ende August 2008 einen Gesetzesentwurf zur Direktwahl des Präsidenten auszuarbeiten.

### **Eine Radarbasis in Tschechien?**

Das offizielle Gesuch der USA zur Errichtung einer Radarbasis auf dem Territorium der Tschechischen Republik wurde kurz nach der Ernennung der Regierung im Januar 2007 ge-

stellt. Bereits am 31. Januar 2007 gab Premier Mirek Topolánek bekannt, dass die tschechische Regierung positiv auf das amerikanische Gesuch reagieren werde. In wiederholten Meinungsumfragen wurde deutlich, dass zwei Drittel der tschechischen Bevölkerung gegen die Errichtung einer US-amerikanischen Radarbasis in der Tschechischen Republik sind.

Zwei der drei Regierungsparteien, die ODS und die KDU-ČSL, unterstützen die Radarbasis. Die tschechischen Grünen forderten nach ihrem Parteitag Anfang 2007, die Frage auf multilateraler Ebene zu behandeln. Sie signalisierten, dass sie ihre Zustimmung im Parlament verweigern werden, sollte die Eingliederung des Systems in die NATO nicht gelingen. Während des NATO-Gipfels in Bukarest vom 2. bis 4. April 2008 wurde eine Einbindung des geplanten Raketenabwehrsystems in die NATO-Strukturen in Aussicht gestellt.

Während der Sitzung der Europäischen Grünen Partei (EGP) vom 11. bis 13. April 2008 wurde eine Resolution verabschiedet, in der die EGP betont, dass sie es im Kontext der Geschlossenheit der Europäischen Sicherheit und der Prinzipien eines effektiven Multilateralismus bedauerlich findet, dass die USA über die Errichtung eines Raketenabwehrsystems bilateral mit drei EU-Mitgliedstaaten verhandeln (Polen, Tschechische Republik und Großbritannien). In der Resolution wurde festgehalten, dass die EGP

Verständnis für die schwierigen Bedingungen der tschechischen Grünen habe und die EGP die tschechischen Grünen dazu auffordere, die Argumente der Resolution bei der Entscheidungsfindung in Betracht zu ziehen.<sup>32</sup>

Der Republikrat der Grünen<sup>33</sup> wiederholte nach dem NATO-Gipfel seine Empfehlung an die Abgeordneten und Regierungsmitglieder, gegen den Vertrag zur Errichtung der Radarbasis zu stimmen. Die ODS signalisierte unmittelbar danach, dass die Grünen in Bezug auf die Abstimmung über die Errichtung der Radarbasis darüber nachdenken sollten, wie wichtig ihnen der Vertrag von Lissabon sei.

Am 8. Juli 2008 unterschrieben Außenminister Karel Schwarzenberg und US-Außenministerin Condoleezza Rice den Hauptvertrag über die Errichtung der Radarbasis. Der Ergänzungsvertrag „SOFA“, in dem die Präsenz US-amerikanischer Soldaten in der Tschechischen Republik geregelt wird, muss noch unterzeichnet werden. Mit dem Vertrag ist für Tschechien das Versprechen seitens der USA verbunden, im Bereich der Wissenschaft und Forschung in Zukunft verstärkt zusammenarbeiten. Man geht

---

32 European Greens, 2008: Adopted resolution: Europe needs effective multilateralism to address security challenges, it needs to be a nuclear weapon free region, [http://www.europeangreens.org/cms/default/dokbin/230/230082.anti\\_missile\\_declaration@en.pdf](http://www.europeangreens.org/cms/default/dokbin/230/230082.anti_missile_declaration@en.pdf)

33 Der Republikrat der Grünen tagt zwischen den Parteitag. Er besteht aus jeweils zwei VertreterInnen der 14 Regionen sowie dem Parteivorstand, den Abgeordneten und 20 durch den Parteitag gewählten Delegierten. Es kam in den letzten Monaten zu Kompetenzstreitigkeiten zwischen dem Parteivorstand und dem Republikrat.

auch davon aus, dass sich die Vertragsverhandlungen positiv auf die Pläne der USA ausgewirkt haben, die Visumpflicht für tschechische Staatsbürger aufzuheben.

Der Mitbegründer der Initiative „Ne základnám“ (Nein zu Militärstützpunkten) Jan Tamáš sprach am Tag der Vertragsunterzeichnung von einem weiteren Verrat in der Geschichte der Tschechischen Republik.<sup>34</sup>

Der Vertrag muss nun durch die zwei Parlamentskammern ratifiziert werden. Ondřej Liška sprach sich im Rahmen der Ratifizierung dafür aus abzuwarten, welche Haltung die neue US-Administration zum Radar einnehmen wird. Der russische Präsident Dimitri Medwedew reagierte auf die Vertragsunterzeichnung mit der Ankündigung, dass Russland über Gegenmaßnahmen nachdenke.<sup>35</sup>

### **Die Situation der Roma-Minderheit**

Eine im Auftrag des tschechischen Ministeriums für Arbeit und Soziales erstellte Studie über Orte und Stadtgebiete, in denen überwiegend Roma leben, kam zu besorgniserregenden Ergebnissen: In über 300 Gemeinden wurde ein sozial ausgegrenztes oder von Ausgrenzung bedrohtes Gebiet ermittelt. In diesen Gebieten leben schätzungsweise bis zu 80.000 Menschen. Obwohl

---

34 Radio Prag, 2008: Radar-Vertrag: Reaktion aus Politik und Gesellschaft, <http://www.radio.cz/de/artikel/105957>

35 Radio Prag, 2008: US-Raketenabwehrsystem sorgt weiter für heftige Reaktionen, <http://www.radio.cz/de/artikel/105993>

die Arbeitslosigkeit in der Tschechischen Republik in 2007 sank, liegt sie in den überwiegend von Roma bewohnten Orten bei 90 bis 100 Prozent. Im Verlauf des Jahres 2007 bereitete eine Agentur zur sozialen Integration auf Initiative der Ministerin für Menschenrechte und nationale Minderheiten Džamila Stehlíková (SZ) ihre Arbeit in zwölf Städten der Tschechischen Republik vor. Diese Agentur wird auf Grundlage der Ergebnisse der Studie Konzepte entwickeln, die sozial ausgegrenzten und von sozialer Ausgrenzung bedrohten Roma einen Ausweg aus ihrer Situation ermöglichen sollen. Die Agentur soll ebenfalls die Beantragung und Verwaltung von EU-Mitteln für entsprechende Projekte koordinieren. Im Januar 2008 übernahm Marek Podlaha die Leitung der Agentur.<sup>36</sup>

## Slowakei

### Kritik an slowakischer Koalitionsregierung

Der Regierungschef und Parteivorsitzende der Smer-SD (Richtung Sozialdemokratie) Robert Fico wurde im vergangenen Jahr wiederholt für seine Koalitionsregierung kritisiert, in der sowohl die rechtsextreme Slowakische Nationalpartei SNS als auch die ĽS-HZDS vertreten sind. Die Mitgliedschaft der Smer-SD in der SPE (Sozialdemokratische Partei Europas) wurde im Okto-

ber 2006 ausgesetzt, Verhandlungen über die Mitgliedschaft wurden im Mai 2007 vertagt. Im Februar 2008 wurde gegen die Stimmen der französischen und belgischen Sozialisten entschieden, dass die Aussetzung der Mitgliedschaft der Smer-SD aufgehoben wird.<sup>37</sup> Die politischen Entwicklungen in der Slowakei und die Positionierung der Smer-SD sind allerdings weiterhin sehr kritisch zu bewerten. Populistische und xenophobische Äußerungen von Regierungsmitgliedern bestimmen das politische Tagesgeschäft. Wiederholt kam es zu Affären und Verwicklungen in undurchsichtige Geschäfte von Regierungsmitgliedern.

### Demokratische Grundwerte gefährdet

Die politischen Entwicklungen wurden 2007 von Spannungen in der Regierungskoalition sowie von zahlreichen umstrittenen neuen Gesetzesvorhaben geprägt. Im Verlauf des Jahres wurde deutlich, dass in der Slowakei nicht so sehr die Wirtschaftsreformen sondern vielmehr die demokratischen Grundwerte bedroht sind. Zu den umstrittensten Gesetzentwürfen zählt das am 9. April verabschiedete Pressegesetz, das am 1. Juni 2008 in Kraft trat. Ministerpräsident Fico legte den Gesetzesentwurf vor, weil die Medien seiner Meinung nach zu regierungskritisch seien. Nach dem neuen Pressegesetz hat jeder das Recht, Artikel oder Sendungen mit „Gegendarstellungen“ zu kommentieren. Medienexperten

---

<sup>36</sup> Romea, 2008: Czech Romani inclusion agency has its head, [http://www.romea.cz/english/index.php?id=detail&detail=2007\\_719](http://www.romea.cz/english/index.php?id=detail&detail=2007_719)

---

<sup>37</sup> Hospodárske noviny online, 2008: European Socialists Re-embrace Robert Fico's SMER-SD, <http://hnonline.sk/c1-22970260-european-socialists-re-embrace-robert-fico-s-smer-sd>

fürchten massive Eingriffe in die Pressefreiheit. Die Opposition kündigte an, die Zustimmung zum EU-Reformvertrag so lange zu verzögern, bis das umstrittene Pressegesetz vom Tisch sei. Auch die OSZE kritisierte den Gesetzentwurf, da seine Implementierung aus ihrer Sicht die Meinungs- und Pressefreiheit massiv einschränken wird. Die Medien reagierten mit Protest, nach der Verabschiedung des Pressegesetzes erschienen die größeren Tageszeitungen mit weißen Titelseiten. Sie fürchten, dass sie ihre Glaubwürdigkeit gegenüber der Leserschaft verlieren und Politiker in Zukunft massiv Gebrauch von dem „Recht auf Gegendarstellungen“ machen werden.<sup>38</sup> Kulturminister Marek Maďarič (Smer-SD) teilte mit, dass das Pressegesetz im Einklang mit EU-Recht stehe und die Regierungskoalition zu Nachbesserungen bereit sei, wenn sich das Gesetz als undurchführbar herausstellen sollte.<sup>39</sup> Weiter betonte er, dass das Pressegesetz kein Gesetz für Politiker, sondern ein Gesetz für die Bürger sei. Vladimír Mečiar machte am 2. Juni 2008 als erster von dem Recht auf Gegendarstellung Gebrauch.<sup>40</sup>

Im November 2007 kam es zu einer Verschärfung der im Verlauf des Jahres latenten Regierungskrise. Premierminister Fico zwang den Landwirtschaftsminister Miroslav Juřena (ĽS-

---

38 Ö1-ORF, 2008: Slowakei verabschiedet neues Pressegesetz, <http://oe1.orf.at/highlights/119542.html>

39 Der Standard, 2008: Umstrittenes neues Pressegesetz in der Slowakei in Kraft, <http://derstandard.at/Text/?id=3358533>

40 Novinky, 2008: Vladimír Mečiar jako první využil práva na odpověď, <http://www.novinky.cz/clanek/141928-vladimir-meciar-jako-prvni-vyuzil-prava-na-odpoved.html>

HZDS) wegen einer Affäre um verdächtige Übertragungen von Grundstücken des Slowakischen Grundstücksfonds an eine der ĽS-HZDS nahe stehende Firma zum Rücktritt. Der Vorsitzende der ĽS-HZDS Vladimír Mečiar war mit der Entscheidung nicht einverstanden und gab an, dass die Koalition dennoch auf jeden Fall bis Mai halten werde, um keine Unruhe vor der Entscheidung zur Euro-Einführung zu verursachen.

Einen Grund für die Popularität des Premierministers Ficos sehen ExpertInnen in der Tatsache, dass die slowakische Opposition nicht mit ihrer neuen Rolle zurechtkomme und gegenüber Fico hilflos erscheine. In der Grundstückaffäre sei es Fico gelungen, in der eigenen Regierungskoalition wie die Opposition zu wirken, die Opposition selbst habe viel zu spät reagiert.<sup>41</sup>

### **Schengen-Erweiterung und Euro-Einführung**

Wie auch Polen und Tschechien trat die Slowakei am 21. Dezember 2007 der Schengenzone bei. Die Vorbereitungen auf den Beitritt zum Schengenraum waren sehr intensiv und mit großen Anstrengungen verbunden, da die Slowakei nun über eine Schengenausgangsgrenze zur Ukraine verfügt.

Die Euro-Einführung ist in der Slowakei für den 1. Januar 2009 geplant. Die Einhaltung der Konvergenzkriterien scheint wahrscheinlich. Das Haushaltsdefizit der Slowakei betrug 2007 2,2

---

41 Respekt, 1/2008: Tygr cení zuby (Autor: Peter Javůrek), S. 30 – 31

Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Der gesamtstaatliche Schuldenstand lag 2007 mit 29,4 Prozent des BIP weit unter dem Maastricht-Verschuldungskriterium. Die Inflation ging stark zurück. In den vergangenen 12 Monaten bis März 2008 betrug die Inflationsrate durchschnittlich 2,2 Prozent.<sup>42</sup> Kurz vor der Festlegung des Wechselkurses für die Währungsumstellung durch den Rat der EU-Finanzminister (ECOFIN) am 8. Juli 2008 kam es zu einem Skandal: Der Finanzminister Ján Počiatek (Smer-SD) hielt sich im Juni mit einer Finanzgruppe vor Monaco auf einer Yacht auf, die Profit mit Währungsspekulationen macht. Robert Fico erteilte ihm die „gelbe Karte“. Počiatek selbst erklärte sein Handeln mit mangelnder politischer Erfahrung.<sup>43</sup>

### **Slowakische Außenpolitik**

Premierminister Fico und der parteilose Außenminister Ján Kubiš (von 1999 bis 2005 Generalsekretär der OSZE) vertraten in den letzten Monaten teilweise konträre außenpolitische Standpunkte. Es ist vor allen Dingen Robert Fico, der durch seine Auftritte die außenpolitischen Prioritäten der Slowakei prägt. Als Premierminister möchte er den Dialog mit Russland intensivieren. Im Mittelpunkt der Beziehungen zu Russland stehen Themen wie Energiepolitik und die militärische Zusammenarbeit. In Bezug auf die Unabhängigkeit des Kosovos unterstützt Fico Russ-

lands Position und sieht in ihr einen Präzedenzfall für die Ansprüche der ungarischen Minderheit in der Slowakei.

Die Beziehungen zwischen der slowakischen Regierung und der ungarischer Minderheit sowie der ungarischen Regierung sind weiterhin sehr angespannt. Die ungarische Minderheit ist die größte in der Slowakei lebende Minderheit. Die politische Vertretung der ungarischen Minderheit, die SMK, war von 1998 bis 2006 ein Mitglied der Regierung des ehemaligen Premierministers Mikuláš Dzurinda. Grund für die Spannungen zwischen den beiden EU-Ländern sind vor allen Dingen die Äußerungen des Vorsitzenden der rechtsextremen SNS Ján Slota. Ján Slota ist für seine rassistischen Äußerungen gegenüber Juden, Ungarn, Roma und Homosexuellen bekannt. Auf Vorschlag der SNS verabschiedete das slowakische Parlament 2007 einen Gesetzesentwurf, nach dem Andrej Hlinka für seine Rolle in Bezug auf die slowakische Staatsbildung geehrt wird. Andrej Hlinka (1864 -1938) war slowakischer Priester und Anführer der slowakischen Nationalisten. Nach seinem Tod wurde unter seinem früheren Stellvertreter Jozef Tiso die 1. Slowakische Republik gegründet, ein klerikal-faschistischer Staat, der während des 2. Weltkriegs Verbündeter Deutschlands war.<sup>44</sup> In dem ursprünglichen Gesetzesentwurf wollte die SNS durchsetzen, dass Hlinka als „Vater der

---

<sup>42</sup> Das Portal der Europäischen Union, 7. Mai 2008: Kommission prüft Eurotauglichkeit von 10 EU-Ländern und schlägt Euro-Einführung in der Slowakei vor, IP/08/715, <http://europa.eu/>

<sup>43</sup> SME, 2008: Fico podržal jachtára Počiatka, <http://www.sme.sk/c/3935916/Fico-podrzal-jachtara-Pociatka.html>

---

<sup>44</sup> Eurotopics, 2008: The Slovaks view of Czechoslovakia, [http://www.eurotopics.net/en/search/results/archiv\\_article/ARTICLE\\_21774-The-Slovaks-view-of-Czechoslovakia](http://www.eurotopics.net/en/search/results/archiv_article/ARTICLE_21774-The-Slovaks-view-of-Czechoslovakia)

Nation“ bezeichnet wird und jeder, der „seinen Namen beschmutzt“, bestraft werden kann.<sup>45</sup>

Während Staatsbesuchen innerhalb der EU betont Premierminister Fico die pro-europäische Ausrichtung der Slowakei und die Notwendigkeit bei Themen wie Energiepolitik und Klimaschutz die „Ärmel hochzukrempeln“. Während einer gemeinsamen Pressekonferenz der Bundeskanzlerin Angela Merkel und der Ministerpräsidenten Robert Fico und Mirek Topolánek in Berlin anlässlich einer Veranstaltung zum 40. Jahrestag der Ereignisse des Jahres 1968 betonte Robert Fico die Notwendigkeit einer EU-Beitrittsperspektive für Staaten wie Kroatien und Serbien. Die EU, so Fico, verstehe er nicht nur als Garanten einer guten wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung sondern vor allem als eine Stabilitätsgarantie für diese europäische Region.<sup>46</sup>

## Ukraine

### Neuwahl in der Ukraine

Die Parlamentskrise im ersten Halbjahr 2007 war durch den Kauf von Abgeordneten aus oppositionellen Reihen durch die regierende „Partei der Regionen“ bedingt und endete mit der Parla-

mentsauflösung. Die vorgezogene Parlamentswahl fand am letzten Septembertag 2007 statt. Der Wahlkampf 2007 war nicht besonders spannend, durch Populismus und Ideenlosigkeit der meisten politischen Akteure gekennzeichnet, aber pluralistisch, demokratisch und transparent. Trotz aller Befürchtungen wegen möglicher Wahlfälschungen schätzten die internationalen BeobachterInnen die Parlamentswahlen wieder als frei und demokratisch ein. Es wurde erneut bewiesen: durch Wahlen ist ein legitimer Machtwechsel in der Ukraine möglich.

Wie 2006 gelang es im September 2007 fünf Parteien und Bündnisse die Dreiprozenthürde zu überwinden. Neben den drei großen Parteien zogen zwei kleinere Parteien ins Parlament ein: die Kommunisten (KPU<sup>47</sup>, 5,39 Prozent) und das Lytwyn-Bündnis (LB<sup>48</sup>, 3,96 Prozent). Sozialistische Partei verpasste den Einzug ins Parlament mit 2,86 Prozent knapp.

An den Bruchlinien in der Ukraine hat sich kaum etwas geändert: Nach wie vor dominieren die Orangenen (NUBS) und Weiß-roten (BJuT) in der West-, Zentral- und Nordostukraine, die Partei der Regionen führt im bevölkerungsreichen und stark industrialisierten Osten mit großen Ballungszentren sowie im Süden des Landes mit Abstand.

---

<sup>45</sup> The Slovak Spectator, 2007: Hlinka is honoured but not nation's father: bill, <http://www.spectator.sk/articles/view/29713/2/>

<sup>46</sup> Mitschrift Pressekonferenz: Pressestatements der Bundeskanzlerin Angela Merkel, dem slowakischen Ministerpräsidenten Robert Fico und dem tschechischen Ministerpräsidenten Mirek Topolánek am 25. Juni 2008 in Berlin, [www.bundesregierung.de](http://www.bundesregierung.de)

---

<sup>47</sup> Kommunistische Partei der Ukraine (KPU)  
<sup>48</sup> Lytwyn-Block (LB)

Ein klarer Wahlsieger 2007 war BJuT, das im Vergleich zu Vorjahr deutlich zugelegt hat (+8,45 Prozent) und dadurch eine „Orangene Koalition“ rein rechnerisch möglich machte. Doch das politische Kalkül des Präsidenten und geheime Absprachen zwischen Präsidialsekretariat und der PdR waren eher anders gelagert: als Koalition NUBS-PdR. Nach sehr langen und wie immer mühsamen Koalitionsverhandlungen wurde am 29. November 2007 dennoch die „Orangene Koalition“ (NUBS-BJuT) verkündet. Am 18. Dezember 2007 wurde Julia Tymoschenko durch das Parlament zum zweiten Mal zur Premierministerin der Ukraine gewählt.

Die „Orangene Koalition“ stand von Anfang an auf sehr wackligen Füßen, weil es an Vertrauen unter den Koalitionspartnern fehlte. Das Verhältnis zwischen Parteiführern Juschtschenko und Tymoschenko ist seit langem konfliktbehaftet. Zudem verfolgen die Parteien gegensätzliche Wirtschaftsinteressen, welche die ukrainische Politik maßgeblich prägen. Dennoch war die Einigung der demokratischen Kräfte das altbekannte Ziel von BJuT und NUBS; deswegen sah sich der Präsident gezwungen, einer Koalition mit Tymoschenko zuzustimmen.

### **Die Ukraine und die NATO-MAP**

Nach der Bildung der „Orangenen Koalition“ befand sich die Ukraine zum ersten Mal seit 2004 in der Situation, dass Staatspräsident, Premierministerin und Parlamentspräsident formal aus

einem politischen Lager stammen. Juschtschenko, der seine Mission in der Europäisierung der Ukraine sieht, nutzte die Gunst der Stunde und bereitete noch im Dezember 2007 heimlich einen Antrag auf Aufnahme ins NATO-MAP für die Ukraine vor, der von der Premierministerin Tymoschenko und Parlamentspräsident Jazenjuk mit unterschrieben wurde. Tymoschenko musste den Antrag unterzeichnen, weil ihre Absage sonst Koalitionsbruch bedeutet hätte. Weder die Parlamentsabgeordneten noch die ukrainische Öffentlichkeit wurden über den MAP-Antrag informiert. Erst über den US-Senator Richard G. Lugar erfuhr die Ukraine im Januar 2008 über ihre MAP-Bewerbung.

Der Präsident Juschtschenko war davon überzeugt, dass die Ukraine trotz der Proteste und Blockaden seitens der Opposition im Parlament sowie gegen den Widerstand der größten Länder Europas einen MAP in Bukarest auf jeden Fall bekommen würde. Diese Idee wurde auch von den USA kräftig unterstützt: US-Präsident George W. Bush besuchte sogar kurz vor dem NATO-Gipfel Kiew, um Druck auf die europäischen Partner auszuüben.

Präsident Juschtschenko erlebte seine größte außenpolitische Niederlage beim NATO-Gipfel in Bukarest im April 2008, wo die Ukraine und Georgien trotz all ihrer Bemühungen keine MAP-Aufnahme bekommen hatten. Gleich danach versuchten der Präsident und sein Sekretariat

die ukrainische Wählerschaft wie auch die Weltöffentlichkeit davon zu überzeugen, dass es in Bukarest keine Niederlage für die Ukraine gegeben hätte, sondern eine Errungenschaft erzielt worden wäre: „Wir haben mehr bekommen als wir erwartet haben. Die Ukraine übersprang in Bukarest den MAP und bekommt in den nächsten Jahren die NATO-Vollmitgliedschaft ohne jegliche Vorbereitungsphasen“. Es ist aber offensichtlich, dass Juschtschenko hier lediglich gute Miene zum bösen Spiel machte.

Nach dem NATO-Gipfel in Bukarest identifizierte die ukrainische Führung und auch lokale Medien die Bundesrepublik Deutschland als „Hauptschuldige“ und „Bremserin“ auf dem Weg der Ukraine nach Europa. Das wirkte sich negativ auf die generell guten bilateralen deutsch-ukrainischen Beziehungen aus und schuf gewisse Schwierigkeiten sogar für die Stiftungsarbeit in der Ukraine.

### **Vorgezogene Oberbürgermeisterwahl in Kiew**

Im politischen Kampf gegen Präsidenten Juschtschenko suchte Tymoschenko nach einem Befreiungsschlag und fand ihn in der Idee einer vorgezogenen Oberbürgermeisterwahl in der Hauptstadt. Sie brauchte dringend einen klaren politischen Sieg, um der Wählerschaft ihre Stärke zu zeigen, außerdem wäre die Kontrolle über Hauptstadt eine gute Basis für den bevorstehenden Präsidentschaftswahlkampf 2010.

Am 18. März 2008 gelang Tymoschenko das beinahe Unmögliche: Die Verordnung der Werchowna Rada über vorgezogene Kommunalwahlen in Kiew wurde verabschiedet. Dies war ein politisches Tauschgeschäft: Tymoschenko bekam die Stimmen ihres Koalitionspartners NUBS, nachdem ihre Fraktion BJuT für das ÄnderungsGesetz über das Ministerkabinett der Ukraine gestimmt hatte, wodurch die Vollmachten des Staatspräsidenten bedeutend erweitert wurden. Dieser Parlamentsbeschluss wurde erstaunlicherweise von allen politischen Kräften akzeptiert, obwohl die rechtliche Seite des genannten Beschlusses sehr umstritten ist.

Als Vorwand für die vorgezogenen Kommunalwahlen in Kiew diente ein Korruptionsskandal im Zuge der Privatisierung von Grundstücken, in den Oberbürgermeister Leonid Tschernowezky unmittelbar verwickelt war. Die Neuwahl in Kiew war möglich, weil die Öffentlichkeit kritisch gegenüber dem korrupten Tschernowezky eingestellt war. Tschernowezky selbst wiederum wusste genau, dass seine populistischen Methoden immer noch auf die sozial schwachen KiewerInnen wirken, und dass er bei der Neuwahl gute Chancen hätte.

Am Wahltag (25. Mai 2008) wurde der amtierende Oberbürgermeister Tschernowezky von RentnerInnen und sozial schwachen WählerInnen wiedergewählt. Tschernowezky bekam mit über 36 Prozent mehr als seine beiden Herausforderer Olexandr Turtschynow (BJuT) und Ex-



Boxweltmeister Vitali Klitschko zusammen. Er konnte auch problemlos eigene Koalition in dem Stadtrat von Kiew bilden.

Dies bedeutete eine totale Niederlage für Tymoschenko und einen überzeugenden Wahlsieg für den erfahrenen Populisten Tschernowezky, der einige KiewerInnen mit konkreten populistischen Taten (regelmäßige Verteilung von kostenlosen Lebensmittelpaketen) überzeugen konnte. Die Wahl war symptomatisch für die gesamte Ukraine, sie zeigte eine allgemeine Demokratieermüdung. Es war eine Protestwahl gegen die großen ukrainischen Parteien (NUBS, BJuT und PdR), welche die WählerInnen nachhaltig enttäuscht hatten.

### **Zusammenbruch der „Orangenen Koalition“**

Die „Orangene Koalition“ (NUBS-BJuT) war von Beginn an ein tot geborenes Kind in der politischen Scheinehe zwischen Juschtschenko und Tymoschenko. De facto wurde sie erst am 6. Juni 2008 begraben, als zwei Koalitionsabgeordnete schriftliche Erklärungen abgaben, dass sie Koalition verlassen und ihre Unterschriften unter dem Koalitionsvertrag zurückzogen. Es ist ein offenes Geheimnis, dass hinter dieser Aktion das Präsidialsekretariat stand.

Der Präsident Juschtschenko und sein Sekretariat verfolgten seit dem Gründungstag der Koalition die klare Strategie, die Arbeit des Kabinetts Tymoschenkos zu blockieren und zu diskreditie-

ren sowie gleichzeitig die Öffentlichkeit auf die Entlassung Tymoschenkos vorzubereiten. Diese Strategie brachte im ersten Halbjahr 2008 sichtbare Ergebnisse: Tymoschenko hatte im Parlament keine Mehrheit hinter sich, das Parlament war fast die ganze Zeit hindurch nicht arbeitsfähig, die makroökonomische Stabilität im Lande wird durch die ernsthafte Inflation (über 30 Prozent im Jahr) bedroht. Zudem wurden angesichts der leeren Staatskassen weitere populistische Schritte der Regierung unmöglich und die Popularitätsquote Tymoschenkos stagnierte.

Nach mehreren Wochen der Parlamentsblockade durch BJuT und PdR musste sich Tymoschenkos Kabinett in der Werchowna Rada am letzten Sitzungstag vor der Sommerpause der Vertrauensfrage stellen. Dank der Stimmen der Kommunisten und des Lytwyn-Bündnisses hat Julia Tymoschenko diesen Test erfolgreich überstanden. Nur die PdR-Fraktion sprach sich mit 174 Stimmen für das Misstrauensvotum aus. Diese Abstimmung zeigte, wie situativ Bündnisse in der ukrainischen Politik sind, die sehr stark durch private wirtschaftliche Interessen geprägt ist.

## Ausblick

Polen und Tschechien werden vermutlich den Ratifizierungsprozess fortsetzen. Dennoch ist die Zukunft des Lissabonner Vertrags völlig offen. Nach dem irischen „Nein“ wurden die Beratungen der Staats- und Regierungschefs der EU auf Oktober 2008 vertagt. Bis dahin soll Irland erste Lösungsvorschläge erarbeiten. Der Reformvertrag tritt vermutlich nicht wie angestrebt am 1. Januar 2009 in Kraft. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Verhandlungen über die Zukunft des Vertrages während der tschechischen EU-Ratspräsidentschaft in der ersten Jahreshälfte 2009 fortgesetzt werden.

Der ukrainische Präsident Juschtschenko hofft, dass das „vertiefte Abkommen“ als Assoziierungsabkommen ohne den Wirtschaftsteil bis Ende 2008 unterzeichnet werden kann. Es ist aber davon auszugehen, dass die Hoffnungen Juschtschenkos auf dem EU–Ukraine-Gipfel im September enttäuscht werden. Es bleibt abzuwarten, ob die „Östliche Partnerschaft“ sich als ein wirksames Instrument zur Stärkung der Beziehungen mit den östlichen EU-Nachbarstaaten erweist. Angesichts des Konfliktpotentials zwischen Russland und einigen EU-Staaten werden sich die wieder aufgenommenen Verhandlungen über das neue Partnerschaftsabkommen eher schwierig gestalten. Dabei ist es zunehmend wichtig, dass die EU und ihre einzelnen Mitgliedsstaaten eine gemeinsame Position vertreten.

Infolge der Dominanz konservativer Kräfte in Europa scheint die EU im Bereich der Geschlechtergleichstellung ihre Vorreiterrolle zusehends zu verlieren. Darüber, ob das EU-Parlament im frauen- und geschlechterpolitischen Bereich aktiver und innovativer wird, entscheiden die anstehenden Wahlen (Juni 2009). Die Implementierung der Geschlechtergleichstellung in den mitteleuropäischen EU-Ländern wird sich angesichts des Übergewichts von konservativen und/oder EU-skeptischen politischen Kräften auf der politischen Ebene weiterhin schwierig gestalten. Angesichts der politischen Krise in der Ukraine ist es nicht absehbar, ob im Bereich der Frauen- und Geschlechterpolitik Fortschritte erzielt werden können.

Im Bereich der Energie- und Klimapolitik finden in den nächsten zwölf Monaten in der Region wichtige Ereignisse statt. Polen wird Anfang Dezember 2008 Gastgeber der COP 14 sein. Tschechien übernimmt vom 1. Januar bis zum 30. Juni 2009 die EU-Ratspräsidentschaft. Ein Schwerpunktthema der Präsidentschaft wird Energiesicherheit und Klimaschutz sein. Daneben wird höchstwahrscheinlich die Billigung der aus dem EU-Klimaschutzpaket hervorgegangenen EU-Richtlinien unter tschechischer Ratspräsidentschaft durchgeführt werden. In der gesamten Region ist ein Trend hin zu zentralistischen Energiesystemen, die auf Kohle und Atom beruhen, erkennbar. Die Wende hin zu einer moder-

nen und zukunftsfähigen Energiepolitik wurde noch nicht eingeleitet. Diese Energiewende herbeizuführen, wird auch für die kommenden Jahre die Hauptherausforderung für die Region sein.

Auf europäischer Ebene wird die polnische Regierung ihren außenpolitischen Kurs fortsetzen, um als verlässlicher Partner anerkannt zu werden. Dabei bleibt die Gestaltung der Beziehungen mit den östlichen Nachbarn das Profilierungsfeld Polens in der EU. Der Ausgang der Verhandlungen mit den USA über die Stationierung von US-Abwehrraketen ist derzeit unklar. Sollten die Verhandlungen scheitern, würde das den Konflikt der Regierung mit dem Präsidenten verschärfen. Eine Einigung zwischen Polen und den USA wiederum bedeutet einen Konflikt zwischen Polen und Russland. Der Machtkampf zwischen Präsident Kaczynski und Premierminister Tusk wird sich, auch im Zusammenhang mit der 2010 stattfindenden Präsidentenwahl, bei der beide kandidieren wollen, fortsetzen. Im kommenden Jahr finden die Wahlen zum EU-Parlament statt. Es ist zu befürchten, dass Polen überwiegend Abgeordnete des rechten Spektrums in das neue Parlament entsenden wird.

Es ist derzeit unklar, ob die tschechische Regierung ihre Arbeit bis zum Ende der Legislaturperiode (2010) fortsetzen wird. Die Regierungskoalition ist instabil und sich in vielen Politikfeldern nicht einig. Die tschechischen Grünen sind mit parteiinternen Auseinandersetzungen konfron-

tiert. Aus diesem Grund wird vom 5. bis 7. September 2008 ein Parteitag stattfinden. Weitere wichtige Ereignisse in den nächsten zwölf Monaten werden die Regionalwahlen und Senatswahlen im Herbst 2008, die EP-Wahlen im Juni 2009 sowie die tschechische EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2009 sein. Die tschechische Regierung benannte in der Arbeitsversion vom Oktober 2007 für die EU-Ratspräsidentschaft fünf Prioritäten: Konkurrenzfähiges und offenes Europa, Nachhaltige und sichere Energie, einen Haushalt für Europas Zukunft, Europa als globaler Partner, ein sicheres und freies Europa. Es kann aufgrund von Irlands Ablehnung des Vertrags von Lissabon davon ausgegangen werden, dass die Tschechische Republik einige von Frankreich angestoßene Projekte übernehmen wird.

Die politischen Entwicklungen in der Slowakei müssen weiterhin kritisch beobachtet werden. Durch die Beendigung der Diskussionen über die Mitgliedschaft der Smer-SD in der SPE ist davon auszugehen, dass Robert Fico innerhalb der EU weniger kritisiert werden wird. Aufgrund der hohen Popularität des Ministerpräsidenten ist es trotz der Regierungskrise im vergangenen Jahr höchst unwahrscheinlich, dass es im folgenden Jahr zu Neuwahlen kommen könnte. Wie in allen EU-Mitgliedstaaten werden die Wahlen zum Europäischen Parlament ein wichtiges Ereignis darstellen. Außerdem wird im April 2009 der Präsident der Slowakischen Republik gewählt.

Die „Orangene Koalition“ ist gescheitert. Es stehen entweder die Bildung einer neuen Regierungskoalition oder die Parlamentsauflösung an. Die Bildung einer „Großen Koalition“ (NUBS-PdR) ist rechnerisch problematisch. Darüber hinaus ist Juschtschenko derzeit grundsätzlich nicht bereit, seinen alten politischen Gegner Wiktor Janukowytsch als Premierminister zu nominieren. Vor dem zweiten Szenario (Neuwahl) fürchten sich alle „großen“ Parteien<sup>49</sup>. Denn die Wahl in Kiew zeigte, wie enttäuscht und unberechenbar die ukrainischen WählerInnen derzeit sind. Präsident Juschtschenko wird vermutlich weiter versuchen, seine Macht zu konsolidieren und dafür die politischen Konflikte im Lande zu nutzen, damit er wenigstens theoretisch eine Chance bekommt, bei der Wahl im Januar 2010 wiedergewählt.

---

<sup>49</sup> PdR, BJut, NU